

# Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

## Informationsmitteilung

Am 13. Juli 1990 setzte in Moskau, im Kremlopalast, der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit fort.

Vor dem Beginn der Vormittagssitzung fand die Abstimmung zu den Wahlen der zentralen leitenden Organe der Partei statt.

Die Plenarsitzung wurde um 11 Uhr von M. S. Gorbatschow eröffnet. Die Delegierten billigten seinen Vorschlag zur Verlängerung der Arbeit des Parteitags um einen Tag über die früher festgelegte Frist hinaus, damit sie am 13. Juli vollendet wird.

Weiterhin präsidierte der Sitzung A. I. Lukjanow.

Die Delegierten erörterten ausführlich die von der Kommission vorgelegten Berichtigungsanträge zum Entwurf des Statuts der KPdSU. Nach der endgültigen Präzisierung der Formulierungen der einzelnen Artikel des Dokuments bestätigte der Parteitag im allgemeinen das Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Danach bestätigte der Parteitag die Bestimmung über die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU.

Der XXVIII. Parteitag beauftragte alle Delegierten durch einen Sonderbeschluss, aktiv an der Propaganda und an der konkreten Verwirklichung seiner Ideen und Beschlüsse teilzunehmen.

Danach faßte der Parteitag die Resolution „Über die Massenmedien der KPdSU“.

Nach der Pause präsidierte der Sitzung S. I. Gurenko, 1. Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine.

Im Ergebnis der allseitigen und konstruktiven Erörterung faßte der Parteitag die Resolutionen „Über die Jugendpolitik der KPdSU“, „Über die politische Auswertung der Katastrophe auf dem Atomkraftwerk Tschernobyl und den Verlauf der Arbeiten zur Liquidierung ihrer Folgen“ und „Demokratische Nationalitätenpolitik — ein Weg zu einer freiwilligen Union, zum Frieden und zur Eintracht zwischen den Völkern“.

Der Parteitag bestätigte diesen Beschluss.

Nach der Pause faßte der Parteitag den Beschluss „Über die Vorbereitung des neuen Programms der KPdSU“ und bildete eine Kommission für die Ausarbeitung des Entwurfs dieses grundlegenden parteilichen Dokuments.

Am Ende der Sitzung nahmen die Delegierten die Mitteilung der Zählkommission über die Ergebnisse der geheimen Abstimmung für die Wahlen des Zentralkomitees der KPdSU und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU entgegen.

Der Parteitag bestätigte die Protokolle der Zählkommission, in dem er die Bestandszahl für das ZK der KPdSU 412 Personen und die ZKK 165 Personen festlegte.

Das Schlußwort auf dem Parteitag hielt M. S. Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU. Damit schloß der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit.

halten. Der Parteitag bestätigte diesen Beschluss.

Nach der Pause faßte der Parteitag den Beschluss „Über die Vorbereitung des neuen Programms der KPdSU“ und bildete eine Kommission für die Ausarbeitung des Entwurfs dieses grundlegenden parteilichen Dokuments.

Am Ende der Sitzung nahmen die Delegierten die Mitteilung der Zählkommission über die Ergebnisse der geheimen Abstimmung für die Wahlen des Zentralkomitees der KPdSU und der Zentralen Kontrollkommission der KPdSU entgegen.

Der Parteitag bestätigte die Protokolle der Zählkommission, in dem er die Bestandszahl für das ZK der KPdSU 412 Personen und die ZKK 165 Personen festlegte.

Das Schlußwort auf dem Parteitag hielt M. S. Gorbatschow, Generalsekretär des ZK der KPdSU.

Damit schloß der XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion seine Arbeit.

## Informationsmitteilung

über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 13. und 14. Juli 1990 fand das vom XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gewählte Plenum des Zentralkomitees der KPdSU statt.

Das Plenum des ZK wählte durch die geheime Abstimmung das Politbüro des ZK der KPdSU in folgender Zusammensetzung: M. S. Gorbatschow, M. M. Burokiawicius, G. G. Gumbardise, S. I. Gurenko, A. S. Dsasochochow, W. A. Iwaschko, I. A. Karimow, P. K. Lutschinski, A. M. Massalijew, K. Machkamow, W. M. Mowsisjan, A. N. Mutalibow, N. A. Nasarbasajew, W. A. Nijasow, I. K. Poloskow, J. A. Prokofjew, A. P. Rubiks, G. W. Semjonowa, E.-A. A. Sillari, J. J. Sokolow, J. S. Strojew, I. T. Frowlow, O. E. Schenin und G. I. Janajew.

Zu Sekretären des ZK der KPdSU wurden gewählt: O. D. Baklanow, B. W. Gidaspow, A. N. Girenko, A. S. Dsasochochow, W. A. Kupzow, J. A. Manajenkow, G. W. Semjonowa, J. S. Strojew, W. M. Falin, O. S. Schenin und G. I. Janajew.

Zu Mitgliedern des Sekretariats wurden gewählt: W. W. Aniskin, W. A. Gaiworonski, I. I. Melnikow, A. I. Teplenitschew und G. Turgunowa.

Das Plenum wählte I. T. Frowlow zum Chefredakteur der Zeitung „Prawda“.

Zu Mitgliedern des Sekretariats wurden gewählt: W. W. Aniskin, W. A. Gaiworonski, I. I. Melnikow, A. I. Teplenitschew und G. Turgunowa.

Das Plenum wählte I. T. Frowlow zum Chefredakteur der Zeitung „Prawda“.

## Für eine entschiedene Erneuerung der Partei, für eine breite Koalition im Namen der Perestrojka

Schlußwort M. S. Gorbatschows auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU

Werte Genossen! Der Parteitag hat seine Arbeit beendet. Die Tagesordnung ist ausgeschöpft, und ich kann abschließend nur einige Worte verlieren.

Heute fällt es wohl noch schwer, in vollem Umfang zu beurteilen, welchen Einfluß der XXVIII. Parteitag auf die Entwicklung in Partei und Gesellschaft ausüben wird. Doch nach meiner Ansicht ist immerhin eins klar — dieser Einfluß wird schwerwiegend und nachhaltig sein. Welche Zielsetzungen hat der Parteitag für die Partei in Angriff genommen, welche Signale sendet er der Gesellschaft?

Das ist vor allem die Entschlossenheit der KPdSU, die noch vorhandene Entfremdung der Parteiorganisationen und Parteikomitees von Arbeitern, Bauern und Angehörigen der Intelligenz zu überwinden, ein reges Alltagsleben mit den Arbeitskollektiven des Landes in Fluß zu bringen und auf dieser Basis ihre Avantgarderolle in der Gesellschaft zu erhöhen, einen noch größeren Beitrag zur Erreichung der Ziele unserer revolutionären Perestrojka zu leisten. Weiter ist das die Absicht der Partei, die Einstellung zu den Sowjets grundlegend zu ändern, auf die Versuche zu verzichten, ihre Funktionen zu übernehmen, allseitig zu ihrer Entwicklung beizutragen und den Volksdeputierten bei der Lösung von Problemen zu helfen, die mit der Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung zusammenhängen.

Der Parteitag bekundete die Bereitschaft der Partei, sich den anderen gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen zuzuwenden. Wir aber müssen nun in der Praxis beweisen, daß die in der Resolution, zum politischen Bericht des ZK verkündete Idee einer breiten Koalition im Interesse der Überwindung der Krise und der Durchführung tiefgreifender Reformen kein taktischer Schachzug, sondern ein ernsthafter Vorschlag ist, der von der Sorge um die Interessen von Volk und Land diktiert sind.

Ich sehe, daß dies nicht leichtfällt, und nicht leicht wird das gemeistert werden, doch die Wahl ist getroffen, nach meiner Ansicht eine sehr richtige und nötige Wahl, die von dem Verlauf der Perestrojka-Prozesse selbst diktiert ist. Allen, die auf den Positionen der Demokratie und des Sozialismus stehen, reichen wir die Hand und rufen sie zu Zusammenarbeit auf.

Und noch ein wichtiges Signal für die Gesellschaft geht von unserem Parteitag aus. Der Parteitag hat äußerst wichtige Schritte unternommen, um die Partei aus der Krise herauszuführen. Wir haben die Fehler ehrlich aufgedeckt und die Verbrechen entschieden verurteilt, die unter der Flagge des Sozialismus begangen wurden, indem wir alles verworfen haben, was die schöpferischen Kräfte unseres Volkes fesselt. Dabei aber weisen wir entschieden die Versuche zurück, alles Nützliche zunichte zu machen, was von mehreren Generationen der Kommunisten für das Land getan wurde. Wer von der Partei Reue und eine Abrechnung mit ihr verlangt, wer sie zu einer beläugerten verbrüchlichen Organisation erklärt, versucht einfach, auf diese Weise der ganzen Sache der revolutionären Erneuerung der Gesellschaft einen Schlag zu versetzen. Wir sehen das nur so und nicht anders an.

Kurz: Wir empfehlen denjenigen, die zu solchen Methoden greifen, diese antidemokratischen und hetzerischen Aktivitäten zu unterlassen. Und die Kommunisten sollten ihre Komplexe ablegen und die Arbeit, Genossen, zusehends beschleunigen. Wie die KPdSU handelt, so urteilt über sie das Volk.

Im Laufe dieser Tage wurde viel und ausführlich davon gesprochen, wie die Perestrojka weiterzuführen ist, welche Aufgaben vor allem gelöst werden sollen. Als Ergebnis sahen wir ein, daß grundlegende Wandlungen Vorrang haben — Entwicklung des Dorfes, Lösung des Lebensmittelproblems, Ausarbeitung und Abschluß eines neuen Unionsvertrages, Verbesserung der Lage auf dem Verbrauchermarkt, radikalere ökonomische Wandlungen, Festigung der Disziplin und Ordnung. Das ist das Wichtigste, woran wir schon Morgen gehen sollen. Meinerseits möchte ich versichern, daß zu diesen Zwecken alle in der Verfassung festgeschriebenen Vollmachten des Präsidenten der UdSSR in Anwendung gebracht werden. Niemandem wird es erlaubt sein, die Perestrojka zu hintertreiben!

Vor uns stehen viele wichtige Aufgaben in den internationalen Angelegenheiten. Ich möchte von dieser Tribüne Gebrauch machen, um meiner Genugtuung über die Erklärung westlicher Länder Ausdruck zu geben, daß sie in der Sowjetunion keinen Feind mehr sehen und ihr die Hand der Freundschaft und Zusammenarbeit reichen. Obgleich wir, offen gesagt, die ersten, die die Hand gereicht haben, wir werden aber nicht über die Prioritäten in einer solchen Sache streiten. Wichtig ist, daß dem kaltem Krieg ein Ende gesetzt wurde.

Auf dem jüngsten Treffen der führenden Repräsentanten der sieben westlichen Staaten in Houston wurde die Frage einer möglichen ökonomischen Unterstützung für die Sowjetunion diskutiert. Welches ist unsere Position dazu? Die Tatsache selbst, daß eine solche Frage nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von den Regierungen westlicher Länder gestellt wird, zeigt, daß unser Streben, die Selbstisolierung zu überwinden und in der Weltwirtschaft zu integrieren, einen positiven Widerhall findet. Wir sind zu Zusammenarbeit bereit und werden für die Hilfe dankbar sein. Wir treten nicht als Bittsteller, sondern als Partner auf, die nichts geschenkt haben möchten. Zugleich möchte ich unterstreichen, daß die Versuche ausgeschlossen sind, irgendwelche politische Bedingungen für eine solche Zusammenarbeit zu stellen. Sie kann und muß sich nur auf gleichberechtigter und gegenseitig vorteilhafter Grundlage entwickeln. Nun zu der Partei selbst.

Nun zu der Partei selbst. Wir müssen vor allem die Ergebnisse der Arbeit des Parteitags an die Kommunisten herantragen und ihnen helfen, besser zu erkennen, daß die Partei in die Periode einer gründlichen Perestrojka getreten ist. Ich gestatte es mir, drei Bedingungen dafür zu formulieren, daß die Partei in vollem Umfang ihre Leistungsfähigkeit zeigt und das Potential einer Avantgarde wirklich erlangt.

Sie muß dazu erstens entschlossen und ohne Verzug ihre ganze Arbeit und alle Strukturen auf der Grundlage des neuen Statuts und der Programmklärung des Parteitages umgestalten, um unter den neuen Bedingungen ihre Rolle der Avantgarde der Partei effektiv auszufüllen. Wir müssen alles für die Behauptung der Macht der Parteimassen der KPdSU auf der Grundlage einer allumfassenden Demokratie, der Kameradschaftlichkeit, Offenheit, Glasnost und Kritik tun.

Zweitens muß die Mehrheit bei verschiedenen Auffassungen und gar Plattformen in einer Reihe von Fragen der Politik und der praktischen Tätigkeit Achtung gegenüber der Minderheit zeigen. Wir müssen es lernen, einander Gehör zu schenken, keinen Druck auszuüben und nicht einzuschüchtern. Die Rechtmäßigkeit soll durch die Tat, aufgrund von Ergebnissen bewiesen werden.

Drittens muß man lernen, Genossen, lernen und die eigene Kultur erhöhen. Wenn wir diesen Weg einschlagen, so wird es einfacher sein, mit anderen Kräften zu verkehren und in Berührung zu kommen. Mehr Vertrauen werden uns die Massen der Werktätigen und deren Organisationen entgegenbringen.

Das ZK und ich als Generalsekretär werden in jeder Weise dazu beitragen, daß die Kommunistischen Parteien der Republiken schnellstens ihren neuen selbständigen Status erlangen, der nicht zu einer Isolierung von Kommunisten und Nationen, sondern zu einem neuen internationalistischen Zusammenschluß der KPdSU auf einer gemeinsamen ideologisch-politischen Basis im Interesse der Geschlossenheit unserer großen, multinationalen Union führen würde.

Abschließend möchte ich folgendes sagen. Es ist kein Geheimnis, daß vor dem Parteitag und an den Tagen seiner Arbeit, insbesondere an den ersten, bei uns und in der Weltpresse Befürchtungen geäußert wurden, daß die KPdSU die Befähigung zur Erneuerung eingebüßt habe und nicht fähig sei, mit Dogmatismus und Sektierertum zu brechen, die sich in sie eingefressen haben, daß sie zum Konservatismus und folglich zur Spaltung und zum Verlassen der politischen Bühne verurteilt sei. Diejenigen, die damit rechneten, daß dies der letzte Parteitag sein und die KPdSU darauf das Ende finden werde, haben sich wiederum verkalkuliert. Die KPdSU lebte und wird weiter leben und ihren historischen Beitrag für den Fortschritt unseres Landes, für den Fortschritt der Weltzivilisation leisten.

Es wurde ein großer Schritt zur Erneuerung der Partei getan. Der Verlauf des XXVIII. Parteitages war nicht einfach. Darauf gab es, sagen wir, bis auf die letzten Minuten stürmische Diskussionen und, ich würde sagen, dramatische Kontroversen. Doch als Ergebnis hat er wichtige Entscheidungen getroffen, die dem Geist und den Zielen der Perestrojka entsprechen. Das ist wohl das Wichtigste, was wir heute ohne weiteres mit großer Genugtuung als Menschen feststellen können, die Sorge für ihre Partei, für den Sozialismus, für unser Volk, für sein Heute und Morgen tragen.

Nun müssen wir den angesprochenen richtigen Ton halten, nicht zum alten abschwanken, was für die Partei der Untergang wäre. Wir haben einfach kein Recht, die Erwartungen vieler Millionen sowjetischer Menschen zu enttäuschen, die an die Partei als an eine politische Kraft glauben, die befähigt ist, unter den neuen Bedingungen ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen und zu verteidigen. Wollen wir beweisen, daß die KPdSU, die sich reorganisiert, diesen Erwartungen des Volkes gerecht werden kann. Dann wird sie ihr Ansehen wiederherstellen, eine wirkliche Partei der Avantgarde sein, deren Stärke nicht im Kommandieren, sondern in der Einflusnahme auf den Geist der Menschen liegt.

Gestatten Sie mir, damit zu schließen und Ihnen allen gute Gesundheit und Erfolg in Ihren Taten zu wünschen und für die Arbeit zu danken, die wir gemeinsam hier, auf unserem Parteitag geleistet haben. (Anhaltender Beifall).



Die Mechanisatoren des Technikumsowchos „Serendinski“ gingen mit unter den ersten im Gebiet Kokschatow an die Mahd natürlicher und mehrjähriger Gräser.

Ober 8 000 Tonnen Heu, 6 000 Tonnen Welksilage und 28 000 Tonnen Silofutter wollen die Futterbeschaffer des Sowchos in diesem Jahr bereitstellen. Sie werden diese Aufgabe in 15 Tagen bewältigen. Die Futterbeschaffer wollen für die kommende Viehüberwinterung mindestens 35 Dezillionen Futtereinheiten je Tier erfassen.

Täglich gelangen von den Wiesen etwa 800 Tonnen Saffutter zur Lagerung. Unter den Futterbeschaffern führen Sergej Deschtschuk und Viktor Hepling.

Unsere Bilder: Der Mechanisator Viktor Hepling bei der Mahd mehrjähriger Gräser; Mähaggregate auf den Wiesen des Technikumsowchos „Serendinski“.

Fotos: KasTAg



## Fahrer helfen mit

Geschäftiges Treiben herrscht dieser Tage auf den Getreideschlägen des Rayons Dshambul. In Krupskaja-Kolchos und in den Sowchosen „Pioner“, „Karakemir“ und anderen Agrarbetrieben ist die Getreideernte in vollem Gange. Vor anspruchsvollen Aufgaben stehen gegenwärtig nicht nur die Getreideproduzenten, sondern auch andere Erntebetriebe.

Zunehmend stärker ist zur Zeit das Tempo bei Schnitt und Drusch, denn an den Feldarbeiten beteiligen sich auch Kollektive der örtlichen Betriebe. Tatkraftige Hilfe erweisen den Feldbauern die Fahrer aus dem Kraftverkehrsbetrieb des Rayons Dshambul.

„Es ist bei uns bereits Tradition, daß wir jährlich bei der Erntebereingung den Agrarbetriebern mitteilen“, sagt der Betriebsleiter Sejdachmet Almuchamedow.

„Auch in diesem Jahr haben wir über 80 Kraftwagen für den Getreidetransport bereitgestellt. Die Kombinesetzungen und die Fahrer sind aufeinander gut eingespießt, daß heißt, einer kann sich auf den anderen verlassen.“

Die Unterstützung durch die Fahrerkollektive sichert einen zügigen Fortgang der Erntearbeiten. Die Mährescher sind ununterbrochen im Einsatz. Dafür sorgen unter anderem die Fahrer Reinhold Hirsch, Muchan Shumabekow, Heimirich Jung, Bulat Dauletbekow und Nasar Absatarow. In der Regel leisten sie täglich bis anderthalb und zwei Solts. Wie die Sowchosleitungen versicherten, ist auch für die Verpflegung und Unterkunft der Fahrerbrigaden bestens gesorgt.

Adam ADLER

Gebiet Dshambul

## Arbeitsbesuch von Helmut Kohl in der Sowjetunion

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, ist am Sonntag zu einem Arbeitsbesuch in Moskau eingetroffen. Im Flughafen wurde er von UdSSR-Außenminister E. A. Schewardnadse und anderen offiziellen Persönlichkeiten begrüßt.

Das erste Vier-Augen-Treffen zwischen UdSSR-Präsident M. S. Gorbatschow und dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, hat am Sonntag Vormittag stattgefunden. Die höchsten Repräsentanten beider Staaten verriesen darauf, Politiker ihrer Generation seien dafür verantwortlich, daß die Chance, den Beginn der 90er Jahre zu einem Markstein in der internationalen und besonders in der europäischen Entwicklung zu machen, nicht verpaßt werde. Von großer Bedeutung ist in dieser Hinsicht das Niveau des persönlichen gegenseitigen Verständigung und des Vertrauens, das während der früheren Treffen beider Politiker herbeigeführt wurde.

Man kann auf zwei Aspekte des Gesprächs verweisen. Beim ersten — philosophischen — ging es um die Rolle beider Völker im Schicksal Europas unter Berücksichtigung der Vergangenheit und

ausgehend aus den künftigen Möglichkeiten. H. Kohl hob hervor, von prinzipieller Bedeutung sei, daß sich Deutschland nicht auf der Grundlage seiner Entgegensetzung gegenüber den anderen Ländern, sondern in Eintracht mit allen Nachbarn und mit allen vereinigt, die von diesem Schritt tangiert sind. Der zweite — praktische — Aspekt betraf die Suche nach der Lösung akuter Fragen in enger Verbindung der Vereinigung Deutschlands mit ihren äußeren Aspekten, im Kontext des gesamten europäischen Prozesses und der begonnenen Transformation der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages. Gemeinsam analysiert wurden die wichtigsten Probleme, die bereits vorhanden sind bzw. nach der Vereinigung Deutschlands entstehen können.

Beide Herangehen — das philosophische und das pragmatische —, die miteinander eng verbunden sind, sind nach M. S. Gorbatschows Worten eine Grundlage für die Bildung der sowjetisch-deutschen langfristigen Beziehungen im Interesse beider Länder und der gesamten internationalen Gemeinschaft.

(Schluß S. 2)

XXVIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Den Pulsschlag des Landes fühlen

Der XXVIII. Parteitag der KPdSU ist am Freitag beendet worden. Das Forum hat den Grundstein für eine radikale Umgestaltung der Partei gelegt. Die Delegierten des XXVIII. Parteitages der KPdSU haben am Freitag die Resolution „Über die Politik der KPdSU bei der Verwirklichung der Wirtschaftsreform und beim Übergang zu Marktverhältnissen“ angenommen. In dem Dokument wird auf die Verschlechterung der Lage in der Volkswirtschaft, das Sinken des Lebensniveaus der Bevölkerung und den Zerfall des Verbrauchersmarktes verwiesen. Als Hauptursachen für die Krise werden die Deformation der sozialistischen Produktionsverhältnisse, die Entfremdung des Werktätigen von Eigentum und Leitung sowie die Störung der Lenkbarkeit der Volkswirtschaft in letzter Zeit, sowohl im Zentrum als auch in den Republiken und an der Basis genannt.

Bel der Suche nach einem Weg aus der Krise betrachtet der Parteitag sowohl die Wiederherstellung des alten Modells — einer harten verteilungs-administrativen Wirtschaftsführung — als auch die sofortige Denationalisierung aller Produktionsmittel und den vollständigen Verzicht auf die staatliche Regulierung der Wirtschaft gleichermaßen als unannehmbar.

Der Parteitag bekräftigte die Treue der Partei zur sozialistischen Wahl und wertete den Übergang zu Marktverhältnissen als Hauptinhalt der Radikalisierung der Wirtschaftsreform. Dabei wird die KPdSU, die Politik betreiben, die auf die Gewährleistung der effektiven Beschäftigung und die Verhinderung einer Verschlechterung des Lebensniveaus breiter Bevölkerungsmassen gerichtet ist, heißt es in dem Dokument.

Der Parteitag sprach sich dafür aus, eine effektive Wirtschaftsstruktur zu bilden und „einen einheitlichen Unionsmarkt unter Wahrung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und der Souveränität der Republiken auf der Grundlage eines erneuerten Unionsvertrages zu entwickeln“.

Der Parteitag unterstützte die Beschlüsse des zweiten Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und des Obersten Sowjets der UdSSR „über die Erarbeitung eines klaren, gut durchdachten und dem Volk verständlichen Programms des etappenweisen Übergangs zur regulierten Marktwirtschaft, das Sofortmaßnahmen zur Stabilisierung der sozialökonomischen Lage des Landes einschließt“.

Der Parteitag betrachtet es als überaus wichtige Aufgabe der Kommunisten, „eine umfangreiche Aufklärungsarbeit zur Vorbereitung der Gesellschaft auf Marktverhältnisse durchzuführen“ und dem Volk näherzubringen, daß der Übergang zum Markt keine vernünftige Alternative hat und „nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, zum Erreichen eines qualitativ neuen Lebensniveaus des Volkes, zur Festigung der Freiheit und der Demokratie sowie zur Erhaltung der Ganzheit des Sowjetstaates ist“.

Form, Tempo, und Tiefe der Umgestaltung der Parteipresse entsprechen nicht in allem den Veränderungen, die in der Gesellschaft stattfinden. Das wird in der auf dem Parteitag angenommenen Resolution „Über die Massenmedien der KPdSU“ festgestellt.

Der Parteitag ist der Auffassung, daß angesichts des Mehrparteiensystems der KPdSU „eine Presse benötigt wird, die fähig ist, die Ideale und die Werte des Sozialismus, die Ziele und Aufgaben der Perestrojka, die Vollmacht der Sowjets, die Demokratisierung der Gesellschaft auf der Grundlage der sozialistischen Wahl, den Aufbau eines Rechtsstaates zu verteidigen“.

In der Resolution wird der Wunsch geäußert, daß das Staatliche Komitee der UdSSR für Rundfunk und Fernsehen seine Arbeit mit den gesellschaftlichen Bewegungen und Organisationen

auf der Grundlage von vertraglichen Beziehungen gestaltet. Empfohlen wird ferner, vollständiger als bisher, im Redaktions- und Verlagswesen neue Formen des Wirtschaftens zu nutzen, wie sie im Gesetz über den Betrieb vorgesehen sind. „Ohne auf besonderen rechtlichen und ökonomischen Schutz Anspruch zu erheben, lehnt die KPdSU zugleich die Forderungen ab, die Partei ihrer eigenen Verlagsbasts zu berauben“, heißt es im Dokument.

Die neuen Beziehungen der KPdSU und ihrer Organe zu den Journalisten sind Beziehungen, die auf Achtung des Gesetzes über die Presse und anderen Massenmedien beruhen. Der Einfluss auf die gesellschaftlichen, gewerkschaftlichen oder Jugendausgaben kann nicht in Form von Anweisung, sondern nur auf der Grundlage des Ansehens erfolgen, betont der XXVIII. Parteitag.

Die Geschicke der sozialistischen Gesellschaft und der Kommunistischen Partei hängen in einem nicht geringen Maße von der Jugend ab. „Ihre aktive Haltung, soziales Selbstbewusstsein bestimmen in einem nicht geringen Maße die politische Situation im Lande“, heißt es in der auf dem Parteitag angenommenen Resolution „Über die Jugendpolitik der KPdSU“.

Der Parteitag ist der Auffassung, daß die Jugendpolitik der KPdSU durch die Beteiligung der Parteioptionen und der Kommunisten an der Ausarbeitung und der Realisierung dieser Politik und durch ihre unmittelbare Arbeit mit den Jugendlichen verwirklicht werden muß.

In der Resolution heißt es unter anderem: „Die KPdSU sieht im Komsomol ihren politischen Verbündeten, eine Organisation, die ideologisch der Partei nahesteht und die in der Lage ist, ihr bei der Verwirklichung ihrer Programme zur Umgestaltung der Gesellschaft zu helfen.“ Die Partei wird dem Komsomol helfen, zu einem vollberechtigten und angesehenen Teilnehmer des politischen Prozesses zu werden und auf Erweiterung seiner Rechte und Möglichkeiten bei der Leitung der Angelegenheiten der Gesellschaft hinzuwirken.“

Wie es in der Resolution weiter heißt, tritt die Partei für einen umfassenden Dialog mit der Jugend, für Zusammenarbeit mit allen Jugendorganisationen und Jugendbewegungen ein, die ihre sozialistische Wahl getroffen haben.

Die Delegierten äußerten sich für „Schaffung von Strukturen in den Organen der Legislative und der Exekutive, die sich mit Jugendproblemen befassen“. Der Parteitag erklärte, daß eine schnellstmögliche Verabschiedung eines Gesetzes der UdSSR sowie von Gesetzen der Unionsrepubliken über die allgemeinen Grundlagen der staatlichen Jugendpolitik erforderlich ist.

„Die Gesellschaft ist berufen, der Jugend am Beginn ihres Lebensweges, unter den Verhältnissen des Übergangs zur Marktwirtschaft zu helfen sowie die notwendigen rechtlichen Garantien zu gewährleisten“, heißt es in der Resolution.

Die Delegierten des Parteitages äußerten sich für die Schaffung eines Jugendfonds des UdSSR-Präsidenten.

„Die KPdSU rechnet fest damit, daß in der komplizierten Wendeperiode der Geschichte des Landes alles Schöpferische, Lebendige und Fortschrittliche, was es in unserer Partei und in unserem Volk gibt, eine aktive Unterstützung der sowjetischen Jugend, des Leninschen Komsomol bekommt“, heißt es in dem Dokument.

Die Delegierten des XXVIII. Parteitages der KPdSU haben am Freitag die Resolution „Über die politische Bewertung der Katastrophe im Kernkraftwerk Tschernobyl und den Gang der Arbeiten zur Überwindung ihrer Folgen“ angenommen.

Von der ehemaligen Führung des Landes, heißt es in dem Dokument, wurden schwerwiegende Fehler im Bereich der Atomenergie und des Schutzes der Bevöl-

kerung bei extremen Bedingungen zugelassen. Die Selbstgefälligkeit und Verantwortungslosigkeit einer Reihe von führenden Wissenschaftlern und Leitern von Behörden, die an der Entwicklung und Nutzung des Kernkraftwerkes beteiligt waren, und die Bestätigung der absoluten Sicherheit des Kernkraftwerkes durch sie haben dazu geführt, daß ein staatliches System der Arbeit in außerordentlichen Situationen faktisch gefehlt hat.

In der Resolution wird betont, daß das Politbüro, die Regierung der UdSSR, die Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien und die Regierungen der Ukraine und Belorusslands damals die Ausmaße der Katastrophe sowie deren mögliche Folgen nicht eingeschätzt und keine entschlossenen Maßnahmen zur Ausarbeitung und Realisierung einer staatlichen Konzeption für ein sicheres Leben der Bevölkerung in radioaktiv verunreinigten Gebieten ergriffen haben.

Der Parteitag beauftragt das neue Zentralkomitee der KPdSU, 500 Millionen Rubel aus dem Parteihaushalt zweckbestimmt für Maßnahmen zur Gesundung der Kinder bereitzustellen, die in verseuchten Gebieten leben.

Die Schärfe und Ungelöstheit der nationalen Gegensätze in der Sowjetunion schafft eine reale Gefahr für die eingeleiteten Prozesse, während die weitere Eskalation der Spannungen der Gesellschaft mit einem Zerfall und mit einer eventuellen Destabilisierung der Situation in der Welt droht. Davon ist in der vom Parteitag angenommenen Resolution „Demokratische Nationalitätspolitik — ein Weg zum freitwilligen Bündnis, zum Frieden und zur Eintracht zwischen den Völkern“ die Rede.

In der Resolution wird daran erinnert, daß die ethnischen Konflikte bereits zahlreiche Menschenopfer gefordert, zu Hunderttausenden von Flüchtlingen geführt und einen immensen moralischen, politischen und materiellen Schaden angerichtet haben. Sie wirken sich auch auf die Prozesse der Demokratisierung und der nationalen Wiedergeburt verheerend aus. In der Resolution wird betont, daß der Parteitag „jegliche Formen von Gewalt bei der Lösung nationaler Probleme verurteilt und die politischen Mittel und verfassungsmäßigen Normen als den einzigen Weg zur Lösung aller Konflikt-situationen betrachtet“.

Im Dokument wird festgestellt, daß das ZK der KPdSU die höchste Parteiführung die Tiefe der Deformationen und der Widersprüche in der Sphäre der Nationalitätspolitik nicht rechtzeitig eingeschätzt, ihre Wirkung im Verlauf der Perestrojka nicht vorausgesehen haben, den Dogmatismus nicht überwinden und keine voraussehbaren neuen Einstellungen ausarbeiten konnten, während in einer Reihe von Republiken die politische Initiative an die nationalen Gesellschaftsbewegungen übergegangen ist, in denen die demokratischen Grundlagen nicht selten mit den politischen Ambitionen ihrer Führer verknüpft sind.“

Wie es in der Resolution weiter heißt, sieht der XXVIII. Parteitag der KPdSU einen Ausweg aus der gegenwärtigen Situation darin, daß „die bestehenden Rollen und ihre möglichen Funktionen deutlich umrissen werden und eine politische Strategie in dieser Sphäre vorgeschlagen wird. Die Grundlage einer solchen Strategie muß zweifellos die Anerkennung des Rechts sowohl eines jeden Volkes als auch jeder Persönlichkeit auf Selbstbestimmung auf der Grundlage einer freien demokratischen Wahl bilden.“

Die Gesetze der Union und der Republiken, die in letzter Zeit angenommen worden sind, haben die notwendigen Voraussetzungen zur Lösung des fundamentalen Problems — der Vorbereitung und des Abschlusses eines neuen Unionsvertrages — geschaffen. Der Parteitag ist der Auffassung, daß er auf der Idee des Bundes von souveränen Staaten

beruhen muß, der eine reale Gleichberechtigung aller Vertragspartner, eine klare Bestimmung des Status seiner Teilnehmer, eine Abgrenzung der Vollmachten der Union und der Unionsrepubliken, vielfache Varianten der Beziehungen zwischen ihnen, Freitwilligkeit und gegenseitiger Vorteil zugrunde liegt.

„Die humane und gerechte Gesellschaft, die in Mühen entsteht, ist verpflichtet, Frieden und Eintracht zwischen den Völkern zu gewährleisten, andernfalls haben demokratischer Sozialismus und die Partei der Kommunisten keine Zukunft, kein Recht auf Vertrauen.“

Die Delegierten des XXVIII. Parteitages der KPdSU haben B. N. Jelzin, Vorsitzender des Obersten Sowjets der RSFSR, das Delegiertenmandat aberkannt. B. N. Jelzin hatte am Vortag seinen Austritt aus der KPdSU erklärt.

Was die Mitglieder der „Demokratischen Plattform“ betrifft, die am Donnerstag auf dem Parteitag ihre Absicht geäußert haben, „die KPdSU zu spalten“, so wurde die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU beauftragt, diese Frage zu erörtern und über die weitere Zugehörigkeit dieser Kommunisten zur Partei zu entscheiden.

Die Delegierten des Parteitages haben ferner die Zusammensetzung der Kommission bestätigt, die mit der Erarbeitung des Entwurfs für ein neues Programm der Partei beauftragt wurde. Sie steht unter Leitung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow.

Der Programmentwurf muß kurzfristig erarbeitet werden, damit die Parteioptionen schon im ersten Halbjahr 1991 mit seiner Erörterung beginnen können.

Das neue Programm soll auf einer Parteikonferenz oder im Parteitag bis Mitte 1992 angenommen werden. Bis dahin werden sich die Kommunisten in ihrer Tätigkeit von der programmatischen Erklärung des XXVIII. Parteitages der KPdSU leiten lassen.

Die Delegierten des XXVIII. Parteitages der KPdSU haben in geheimer Abstimmung die Mitglieder des Zentralkomitees der Partei gewählt. Es setzt sich aus 412 Mitgliedern zusammen. In Oberstimmung mit dem neuen Statut gibt es keine Kandidaten des ZK mehr.

Laut Angaben der Zählkommission haben die Wirtschaftswissenschaftler, die für den Übergang zu Marktverhältnissen eintreten, — das Mitglied des Präsidialrates Stanislav Schatalin, der stellvertretende Regierungschef Leonid Abalkin, das korrespondierende Akademikemitglied Pawel Buntsch und Dr. Otto Lazis — jeweils 1 100, 1 681, 1 088 und 1 139 Gegenstimmen von 4 459 abgegebenen Stimmen erhalten. Der Leiter der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, Valentin Falin, hatte 1 110, der ehemalige Regierungschef der RSFSR Alexander Wassow 1 418, der Geschichtswissenschaftler Rol Medwedew 1 875 und der Schauspieler Michail Uljanow erhielten 1 768 Gegenstimmen.

Die Delegierten stimmten der Meinung M. S. Gorbatschows zu, daß alle Kommunisten, die mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten haben, Mitglieder des ZK sein sollen.

Gegen den Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N. I. Ryschkow, stimmten 388 Delegierte, gegen Außenminister E. A. Schewardnadse 872 und gegen Verteidigungsminister D. T. Jassow 1 010 Delegierte.

Am selben Tag wurde die Zentrale Kontrollkommission der KPdSU gewählt.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU M. S. Gorbatschow hielt eine Schlussansprache.

Der XXVIII. Parteitag der KPdSU beendete somit seine Arbeit. (TASS)

Arbeitsbesuch von Helmut Kohl in der Sowjetunion

(Schluß)

In diesem Zusammenhang wurden Möglichkeiten des Abschlusses eines umfassenden und weitreichenden Vertrages zwischen der Sowjetunion und dem vereinigten Deutschland angerechnet, der alles Beste aus den derzeit zwischen der UdSSR und beiden deutschen Staaten bestehenden Abkommen verankern und natürlich viel Neues einbringen würde. Diese Möglichkeit wurde selbstverständlich mit der geplanten gemeinsamen Deklaration der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO in Verbindung gebracht. Mehrmals wurde auf die Bedeutung der weiteren Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen und der Teilnahme der vereinigten Staaten am gesamteuropäischen Prozeß verwiesen.

Das Gespräch verlief in einer freundschaftlichen Atmosphäre und war sachlich und konkret. All das läßt darauf hoffen, daß gegenseitig annehmbare Lösungen gefunden werden.

Es fand auch ein kurzer Meinungsaustausch zwischen den Delegationsmitgliedern.

M. S. Gorbatschow und H. Kohl haben am Sonntag nach der ersten Runde der sowjetisch-bundesdeutschen Verhandlungen, die im Rahmen eines zweitägigen Besuchs des Bundeskanzlers der Bundesrepublik in der UdSSR stattfanden, eine gemeinsame Pressekonferenz gegeben.

„Wir messen dem Arbeitsbesuch des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland eine große Bedeutung bei“, sagte M. S. Gorbatschow. „Er wurde als überaus wichtige Etappe geplant und ich glaube, er wird in unseren Beziehungen und nicht nur in unseren einheimischen Beziehungen einen gebührenden Platz einnehmen. Die Verhandlungen haben erst begonnen. Es ist noch zu früh, von Ihren Ergebnissen zu sprechen. Aber schon jetzt kann man sagen, daß das Gespräch überaus inhaltlich, die Diskussion konstruktiv und die Atmosphäre gut ist. Wir nahmen uns gleich wichtiger Fragen an. Die Sache wird dank persönlichen Beziehungen leichter, die Herr Kohl und ich zueinander haben. Das Prinzip war so: Keiner, selbst der schwierigsten Frage zu weichen. Heute beim Essen haben wir mindestens zwei Abkommen in mündlicher Form erörtert“, sagte M. S. Gorbatschow.

H. Kohl schätzte den Dialog hoch ein. Das Gespräch sei sehr intensiv begonnen worden, sagte er und bekräftigte das von M. S. Gorbatschow Gesagte, daß die Verhandlungen in einer guten Atmosphäre stattfanden und beide Seiten in der Erkenntnis der Bedeutung des historischen Moments und ohne die Vergangenheit zu vergessen nach vorn schauten.

Auf die Frage, ob er von bundesdeutscher Seite Äußerungen

hinsichtlich der Zahl der gemeinsamen Streitkräfte erwartet, antwortete der sowjetische Präsident bejahend.

Frage: Teilen Sie die Meinung, daß den Beziehungen zwischen dem künftigen vereinigten Deutschland und der Sowjetunion bereits im kommenden Jahre neue Verträge zugrunde gelegt werden?

M. S. Gorbatschow: Wir sind gerade dabei, dieses Thema zu besprechen. Die Realität ist so: Die Geschichte lehrt, daß wir zusammenarbeiten müssen, und diese Zusammenarbeit sowohl unsere Europa brauchen. Die zweite Realität besteht darin, daß der größte Partner der Sowjetunion unter den westlichen Ländern die gegenwärtige Bundesrepublik Deutschland ist. Die dritte Realität besteht darin, daß die größte Partner der Sowjetunion unter den osteuropäischen Partnern die DDR ist. Wenn man all das abwägt, wird man Themen zur Erörterung schon finden. Es gibt viele Probleme. Andererseits zeugen die real vorhandenen Beziehungen von unseren potentiellen Möglichkeiten. Vorhanden ist das Bestreben danach, daß unsere Beziehungen bei der Lösung der Frage der Vereinigung Deutschlands neue Dynamik erlangen.

Frage: Gibt es gewisse Annäherungen in Frage der Zukunft Deutschlands in der NATO?

M. S. Gorbatschow: Wir leben in einer derart dynamischen Zeit, da sich Veränderungen sehr schnell vollziehen. Ich bin überzeugt, daß die bundesdeutsche Seite die Modifizierung unserer Position verfolgt und wir die Modifizierung ihrer Position verfolgen und alle zusammen so oder so Prozesse im Rahmen der NATO, des Warschauer Vertrages im Kontext West-Ost beeinflussen. In den vergangenen ein- zwei Monaten haben sich hier viele substantielle Veränderungen vollzogen. Und der neue Kontext bietet Möglichkeiten, einiges aufs Neue zu verstehen. Das heißt, es erscheint dieses „ge-wiß“.

Frage: Wurden solche Details erörtert wie Verpflichtung in bezug auf Lieferungen an die DDR, an die Sowjetunion? Wie wird diese Frage im vereinigten Deutschland gelöst?

H. Kohl: Nein, noch nicht erörtert, aber das steht bevor.

M. S. Gorbatschow: Wir sind gerade an Wirtschaftsfragen gelangt.

Frage: Michail Sergejewitsch, auf dem Parteitag sprachen Sie von der Wirtschaftshilfe des Westens für die Sowjetunion...

M. S. Gorbatschow: Bekannt sind Erfahrungen der Hilfeleistung, so von selten verschiedener Fonds. Ich erinnere mich an ein Schreiben an Kadar, in dem er angewiesen wurde, was er zum ersten, zum zweiten und zum dritten machen muß. Wenn man uns auf solche Weise behandeln wird, ist es nicht an-

nehmbar. Zum anderen bitten wir nicht um Almosen, wir machen ein sehr großes Manöver — wir gehen von einem Wirtschaftsmodell zum anderen, das die Sowjetunion der ganzen Welt zukehrt. Ich bin überzeugt, daß dies aus politischer und ökonomischer Hinsicht nicht nur wir, sondern auch in selbstem Maße alle anderen Länder brauchen, darunter auch Industrieländer. Die Stunde derjenigen ist geschlagen, die fähig sind, die Herausforderung der Zeit zu beantworten. Ich stelle fest: Die gegenwärtigen Politiker sind bereit, die historische Chance zu nutzen. Der Kanzler und ich haben davon gesprochen. Wir dachten auch daran, daß wir über ein solches Potential an Kenntnissen und Erfahrungen verfügen, das es gestattet, gegenüberzustellen, zu vergleichen und zu sehen, von welcher Welt wir gegangen sind und zu welcher Welt — einer besseren Welt — wir kommen können.

Frage: Wie entstand die Idee, in die Region Stawropol zu reisen?

M. S. Gorbatschow: Wenn Herr Kanzler nichts dagegen hat, werde ich ein kleines Geheimnis preisgeben. In Bonn haben wir vereinbart, während künftiger Besuche in der Heimat des anderen zu wohnen. Es ist gut, daß die alte Vereinbarung verwirklicht wird. Und noch in Kaukasien ist die Luft sehr gut, was dazu beitragen wird, daß wir immer klare Gedanken haben.

UdSSR-Präsident M. S. Gorbatschow und der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, H. Kohl, sind am Sonntag in der Region Stawropol zur Fortsetzung der Verhandlungen eingetroffen. Das gleichnamige Verwaltungszentrum der Region wurde mit den Flaggen der Bundesrepublik und der Sowjetunion geschmückt.

Tausende Einwohner von Stawropol gingen auf die Straße, um die Gäste zu begrüßen.

Am Mammal für die während des zweiten Weltkrieges Gefallenen „Komsomolskaja Gorka“ legten die höchsten Repräsentanten beider Länder Blumen nieder.

Am zentralen Platz der Stadt fand ein kurzes Gespräch mit Journalisten statt. H. Kohl, angesprochen auf seine Eindrücke von Stawropol, dankte für die Einladung und für die herzliche Aufnahme.

Vor der Abreise nach Archys, wo beide Politiker ihren Meinungsaustausch fortsetzen, zeigte M. S. Gorbatschow dem Gast das Kabinett, wo er als 1. Sekretär des Regionalkomitees Stawropol der KPdSU arbeitete.

M. S. Gorbatschow und H. Kohl werden von den Außenministern beider Länder, E. A. Schewardnadse und H. D. Genscher, begleitet, die an den Verhandlungen auch teilnehmen. (TASS)

Aktienbank gegründet

Eine Aktienbank für soziale Entwicklung der UdSSR ist in diesen Tagen gegründet worden. Deren Hauptaufgabe besteht darin, die Finanzmechanismen bei der Lösung von Problemen des sozialen Bereiches, so der Finanzierung der Konsumgüterproduktion, des Handels, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, der Kultur, des Sports und der städtischen Versorgung zu nutzen. Diese kommerzielle Bank wurde gemäß einem Beschluß des Ministerrates der UdSSR auf der Basis der Bank für Wohnungs- und übrige Kommunalwirtschaft und soziale Entwicklung der UdSSR gegründet.

Der amtierende Vorsitzende des Vorstandes der Bank, Viktor Bukato, wies in einem TASS-Interview darauf hin, daß sich die neue Bank von den anderen sowjetischen spezialisierten Kommerzbanken durch ihren universellen kommerziellen Charakter unterscheiden wird. Die Bank wird also Operationen nicht nur im In-

land, sondern auch im Ausland durchführen. Zu diesem Zweck wird durch einen Beschluß des Ministerrates der UdSSR der Aktienbank für soziale Entwicklung der UdSSR eine Generallizenz für den internationalen Zahlungsverkehr gewährt. Die Bank wird sowohl sowjetische als auch ausländische Organisationen und Bürger als Depositen gewinnen. Aktionäre der Bank können neben sowjetischen Organisationen und Privatpersonen auch ausländische Banken, Firmen und einzelne Bürger sein.

„Wir werden aber mit einer Reihe von Problemen konfrontiert sein“, unterstrich der amtierende Vorsitzende des Vorstandes. „Das erste Problem ist ein psychologisches und hängt damit zusammen, daß die überwiegende Mehrheit von den 42 000 Personen, die zur Zeit im System für Wohnungs- und übrige Kommunalwirtschaft und soziale Entwicklung der UdSSR beschäftigt sind, sich nicht mit der kommerziellen Tätigkeit beschäftigen kann, da ihr die nötige Erfahrung abgeht. Und sie bildet bekanntlich die Grundlage der Tätigkeit jeder Kommerzbank. Ein anderes Problem ist die Suche nach freiem Kapital zur Emission von Aktien und die Schaffung eines sehr großen Grundkapitals.“

Wladimir ISSATSCHENKOW, TASS-Kommentator



Auf den Gebirgssommerweiden

Die Pferdezüchter des Sowchos „Urylski“ Gebiet Ostkasachstan, sind mit ihren Herden aus den Tälern auf die Gebirgswiesen umgezogen. Nach den von der Sonne versengten Steppenweiden fühlen sich die Pferde jetzt im Altgebirge wohl.

Die Brigade der jungen Pferdezüchter mit Neru Kassymchanow an der Spitze, nahm in diesem Jahr 950 Pferde beim Sowchos in Pacht. Die Pächter wirtschaften erfolgreich: Es ist ein

guter Zuwachs erhalten worden, die Viehzüchter organisierten auch die Kumys-Produktion. Das heilsame Getränk ist für die Kinderergerien und Sanatorien bestimmt.

Unsere Bilder: Die Pferdezüchter der Pachtgruppe Jeleuchan Sijamow, Serikbek Arabajew und Neru Kassymchanow. Auf den Gebirgssommerweiden.

Fotos: KasTAG

Ergebnisse des XXVIII. Parteitages der KPdSU

Der Austritt der Radikalen aus der KPdSU nach dem Sieg der Konservativen — diese im Vorfeld des XXVIII. Parteitages der KPdSU am stärksten verbreitete Prognose wurde von seinen Ergebnissen widerlegt. Obwohl es M. S. Gorbatschow gelang, einen vollen Sieg zu erringen und die Konservativen von der Parteiführung zurückzudrängen und Bedingungen für eine grundlegende Änderung von Wesen, Struktur und Funktionen der KPdSU zu schaffen, erklärten die Anhänger der „Demokratischen Plattform“ von der Spaltung der KPdSU und ihrer Absicht, eine eigene Partei zu gründen.

Bemerkenswert ist, daß M. S. Gorbatschow in seiner glänzenden Rede am Vorabend der Wahl des Generalsekretärs wohl besonders geradeheraus und unzuweifelhaft auf die Wahl hinwies, vor der die Partei steht, sich radikal zu ändern oder die Bühne zu verlassen. Diese Rede entsprach in nichts der üblichen Art Gorbatschows, die Gegensätzen zu verschönen. Mit keinem Wort hat er ein Zugeständnis an die Konservativen gemacht.

Daß M. S. Gorbatschow nach einer solchen Rede einen überzeugenden Sieg errang, zeugt davon, daß es unter den Delegierten des Parteitages, deren Mehrheit zur Partei- und Wirtschaftsnomenklatura gehörte, nicht sehr viele überzeugte Gegner der demokratischen Reformen gab. Das sind eher Menschen, die die wachsende Unzufriedenheit der Massen über das sich verschlechternde Lebensniveau, die zunehmende Kriminalität und die Zukunftsgewißheit zum Ausdruck bringen.

Die Linken hätten, wie es schien, daraus eine Schlussfolgerung über die reale Möglichkeit ziehen sollen, die Unterstützung der schwankenden Mehrheit zu gewinnen. Das vom Parteitag beschlossene Statut und Programm schaffen, obwohl sie alle Forderungen der Radikalen nicht reflektierten, die Bedingungen für eine Demokratisierung der Partei. Die Anhänger der „Demokratischen Plattform“ erklärten bei der Begründung ihrer Entscheidung, daß ihr Austritt zur Schaffung eines Mehrparteiensystems beitragen soll. Doch die Möglichkeit der Gründung von Massenparteien in einem Land, daß von den zentrifugalen Kräften zerrissen wird, scheint nicht real zu sein. Nach der Niederlage der Konservativen auf dem Parteitag besteht eine durchaus reale Perspektive der Gründung einer linken Massenpartei auf der Basis der KPdSU.

Die Tatsache, daß die radikalen Reformer sich nicht gewillt zeigten, diese Möglichkeit zu nutzen, schrittweise die in Jahrzehnten entstandene Partei-maschine übernehmen und die Rechte zum Rückzug zwingen, zeigt, daß sie viele Ambitionen haben und es ihnen offensichtlich an politischem Realismus mangelt. Es wirkt sich auch der traditionelle Zug der russischen linken Intelligenz aus, der sich zu Beginn dieses Jahrhunderts deutlich sichtbar machte: Die entschiedene Ablehnung moderater und schrittweiser Reformen und der Hang zu politischem Abenteuerismus.

Die Möglichkeit der Verwandlung der KPdSU zu einer demokratischen Massenpartei vom Parlamentstyp wird auch nach dem Austritt der Anhänger der „Demokratischen Plattform“ aus ihr real. Gegeben werden bestimmt nicht alle Linken. Und die Konservativen haben einstellend keine breite Unterstützung unter den einfachen Kommunisten. Man darf jedoch nicht vergessen, daß die Balance der Kräfte sowohl in der Gesellschaft als auch in der Partei von der allgemeinen Situation im Lande bestimmt wird. Nach der Niederlage auf dem Parteitag können die Rechten zurückkehren, wenn sich die Wirtschaftslage weiter verschlechtert. Die einzige Garantie für die Unumkehrbarkeit der demokratischen Reformen liegt in der Verbesserung des jäh sinkenden Lebensniveaus der Menschen. Die KPdSU wird zu einer realen Regierungspartei, wenn sie ein Programm für einen Ausweg aus der Krise vorlegen können. Widrigenfalls sind die Partei und die ganze Gesellschaft zum Zerfall verurteilt.

Wladimir ISSATSCHENKOW, TASS-Kommentator



# PANORAMA

## Einvernehmen über Grenzregelung mit Polen in Sicht

Im französischen Außenministerium werden derzeit die letzten Vorbereitungen für die dritte Außenministerkonferenz im Rahmen der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen getroffen, die nach dem Willen von Gastgeber Roland Dumas nun auch die ersten greifbaren Ergebnisse produzieren soll: Die Grenzregelung Deutschlands mit Polen. Entsprechend eines gemeinsamen Beschlusses der beiden deutschen Außenminister und ihrer Amtskollegen aus den USA, der UdSSR, Großbritannien und Frankreich vom 5. Mai in Bonn nimmt an den Beratungen zu diesem Thema auch der polnische Außenminister Krzysztof Skubiszewski teil.

Daß sich die französische Diplomatie gerade für Paris als Ort einer solchen abschließenden Behandlung dieses Themas engagiert hat, ist durchaus kein Zufall. Für beide geschichtsbewußte Nationen, seit Jahrhunderten durch vielfältige kulturelle Beziehungen miteinander verbunden, gehört dies vielmehr zur gemeinsamen Besinnung auf eine leidvolle Vergangenheit. Schließlich waren es die Deutschen, die am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen den zweiten Weltkrieg begannen. Und es waren die Franzosen, die zwei Tage später gemeinsam mit den Briten mit der Kriegserklärung an Hitlerdeutschland antworteten. In seiner berühmten Rede am 16. Mai 1945 restituierte General Charles de Gaulle: „Frankreich war dazu ausersehen, Wächter gegen die Zerstückelung der Welt zu sein. Am 3. September 1939 zogen wir unseren Degen zusammen mit England zur Verteidigung des verletzten Rechts, für Polen.“ Schließlich weisen die Franzosen heute nicht ohne Genugtuung darauf hin, daß De Gaulle der erste westliche Staatschef war, der sich von Beginn an ohne wenn und aber für die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße verwendet hat.

Die Chancen, dieses Thema nunmehr in Paris abzuschließen, stehen nicht schlecht. Grundlage der Beratungen bilden fünf von den Außenministern bereits einvernehmlich formulierte Prinzipien, zu denen Polen auf der letzten Beamtensrunde vor einer Woche in Ostberlin allerdings eine Reihe von Zusatzwünschen angemeldet hat. Doch diese lassen im Gegensatz zu früheren Vorstellungen Warschauer konsensfähige Kompromisse zu. Einig sind sich die Verhandlungspartner darin, daß das vereinbarte Deutschland das Territorium der heutigen Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie

beider Teile Berlins umfassen und die derzeitigen Grenzen der BRD und der DDR auch die äußeren Grenzen Gesamtdeutschlands bilden müssen. Diese dürften „kein Provisorium, sondern die dauerhaften Grundlagen für eine neue Friedensordnung“ in Europa sein. Dementsprechend müssen die Polen auch Garantien dafür erhalten, daß es keine deutschen Gebietsansprüche an den östlichen Nachbarn mehr gibt. Formulierungen in der Präambel sowie den Artikeln 23 und 149 des Grundgesetzes, die dieser Eindeutigkeit widersprechen, müßten also bis zu einer gesamten Verfassung zunächst außer Kraft gesetzt werden.

Nachdem Warschau seine frühere Forderung nach einer Art Grundlagensatzung über die Gesamtheit der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen und seiner Paraphierung noch durch Bonn und Ostberlin fallengelassen hat, schlug es nunmehr vor, den zwischen Gesamtdeutschland und Polen auszuhandelnden Grenzvertrag durch die vier Siegermächte absegnen und garantieren zu lassen. Doch auch diese Idee dürfte auf wenig Gegenliebe stoßen, weil dies eine Sonderbehandlung und damit Singularisierung Deutschlands bedeutete. Kenner der Materie sehen eine denkbare Kompromißvariante darin, den notwendigen Grenzvertrag, dessen Elemente ja in dreizehnten Gesprächen in Bonn-Ostberlin-Warschau bereits ausgearbeitet wurden, gemeinsam mit dem Abschlußdokument der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen in Kraft zu setzen.

Da die völkerrechtlich verbindliche Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung ohne Genehmigung darauf hin, daß De Gaulle der erste westliche Staatschef war, der sich von Beginn an ohne wenn und aber für die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße verwendet hat. Die Chancen, dieses Thema nunmehr in Paris abzuschließen, stehen nicht schlecht. Grundlage der Beratungen bilden fünf von den Außenministern bereits einvernehmlich formulierte Prinzipien, zu denen Polen auf der letzten Beamtensrunde vor einer Woche in Ostberlin allerdings eine Reihe von Zusatzwünschen angemeldet hat. Doch diese lassen im Gegensatz zu früheren Vorstellungen Warschauer konsensfähige Kompromisse zu. Einig sind sich die Verhandlungspartner darin, daß das vereinbarte Deutschland das Territorium der heutigen Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sowie

Ma 1989 sowie dem Grundlagensatzung zwischen der Bundesrepublik und Polen vom 7. Dezember 1970 und bekräftigen die Unverletzlichkeit der Grenze „jetzt und in der Zukunft“. „Diplomatisches Fingerspitzengefühl der Franzosen auch im Detail des Ablaufes der Ministerkonferenz am Dienstag: Um den Polen das Gefühl zu geben, daß sie gleiche unter gleichen sind, und nicht nur geduldete Gäste, die man nach Erledigung des betreffenden Tagesordnungspunktes wieder herauskomplimentiert, wird die wichtigste Frage des Treffens erst nach dem gemeinsamen Mittagessen behandelt. Danach verlassen im Gegensatz zu Bonn und Ostberlin sieben Außenminister den Verhandlungssaal und stellen sich der Presse.

Polen strebt nach den Worten von Regierungssprecherin Malgorzata Niezabitowska die Unterzeichnung eines Grenzvertrages mit Deutschland unmittelbar nach der deutschen Vereinigung an. Dabei wäre es am besten, wenn es „eine gewisse zeitliche Nähe“ zwischen dem Inkrafttreten des Grenzvertrages und dem Inkrafttreten der Friedensregelung mit Deutschland im Ergebnis der „Zwei-Plus-Vier“-Konferenz gäbe, sagte die Sprecherin in einem Interview für das Warschauer Fernsehen im Zusammenhang mit der beginnenden Konferenz in Paris. Keinesfalls beabsichtige Polen damit, das Erlöschen der Vier-Mächte-Rechte über Deutschland beziehungsweise die Herstellung der staatlichen Souveränität Deutschlands hinauszuverzögern.

Polen habe niemals, obwohl es Bündnispartner der Großmächte im zweiten Weltkrieg war, die Stimme in der Frage des Erlöschens der Rechte und Pflichten der vier Mächte über ganz Deutschland und Berlin erhoben und werde dies auch niemals tun, betonte die Sprecherin. Polen liege jedoch daran, daß die vier Mächte, solange sie ihre Rechte ausüben, die polnisch-deutsche Grenze in ihrem jetzigen Verlauf als Teil der Friedensordnung in Europa bestätigen. Von der „Zwei-Plus-Vier“-Konferenz in Paris erwarte Polen eine Einbindung des polnisch-deutschen Grenzvertrages in die endgültigen Festlegungen dieser Konferenz sowie eine Klärung des Umfangs des Vertrages, erklärte Frau Niezabitowska. Außerdem wolle die polnische Seite auf der Konferenz Fragen ansprechen, die im Zusammenhang mit der Vereinigung Deutschlands für Polen wichtig sind, wie etwa die Bindung an Verträge und Abkommen, die mit der DDR geschlossen wurden.



Es scheint, das Computerjahrhundert habe erst begonnen und es gebe nichts Langlebigeres als diese moderne Technik. Jedoch fällt auch sie aus, und deren Instandsetzung kommt teuer zu stehen. So ist es zum mindesten in den hochentwickelten Ländern. Die Computer und Ersatzteile dazu sind in der Schweiz beispielsweise kein Defizit. Umsichtige Herren werfen allerdings nie defekte Technik und noch brauchbare Teile weg. Eher der Mangel zur Verarbeitung gelangt, nehmen sie von den Computern alles ab, was bei einer Kleinreparatur gebraucht werden kann.

Foto: Keystone-TASS

## In ureigensten Interessen

Die Sozialdemokraten haben ihre Forderung nach einer Finanzhilfe für die Sowjetunion erneuert und der Bundesregierung in dieser Frage jede Unterstützung angeboten. „Wir müssen Gorbatschow helfen über die Runden zu kommen“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wolfgang Roth, am Sonntagabend in einem Interview des Senders Freies Berlin in Bonn.

Der SPD-Wirtschaftsexperte bezeichnete es als „das ureigenste Interesse“ des Westens, dem Reformkurs in der Sowjetunion weitere Chancen zu geben. „Wenn dieser Reformkurs schon im letzten Oktober/November nicht da gewesen wäre in der Sowjetunion, wäre das Ganze in der DDR völlig anders abgelaufen“, sagte Roth.

## Außenhandel der UdSSR im Jahre 1989

Das Volumen des Außenhandelsumsatzes der Sowjetunion betrug im Jahre 1989 wertmäßig 140,9 Milliarden Rubel, was gegenüber dem Vorjahr in laufenden Preisen einen Zuwachs von 6,6 Prozent bedeutet. Das geht aus dem soeben erschienenen statistischen Sammelband „Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR im Jahre 1989“ hervor. Der Angaben über den Außenhandel und über die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der UdSSR mit dem Ausland enthält.

Das mengenmäßige Volumen des Außenhandelsumsatzes der UdSSR stieg um 4,5 Prozent, heißt es in dem Sammelband unter anderem. Das Wachstum des Handels erfolgte aufgrund des Imports in die Sowjetunion, dessen Umfang zum erstenmal seit 1976 den Export um 3,3 Milliarden Rubel überstieg. Der Export der UdSSR stellte sich im Jahre 1989 wertmäßig auf 68,8 Milliarden Rubel. Um 4,2 Prozent erhöhte sich der Wert der exportierten Maschinen, Ausrüstungen und Transportmittel. Ihr Anteil am Exportumfang der UdSSR vergrößerte sich etwas — von 16,2 Prozent im Jahre 1988 auf 16,4 Prozent im Jahre 1989 bei gleichzeitiger Verringerung des

Anteils von Brennstoffen und Energieträgern von 42,1 auf 39,9 Prozent. Der Import der UdSSR belief sich 1989 wertmäßig auf 72,1 Milliarden Rubel, was gegenüber 1988 einen Zuwachs von 7,1 Milliarden darstellt. Im vergangenen Jahr wurde verglichen mit 1988 eine Vergrößerung des Imports von Konsumgütern, darunter von Bekleidung, Wäsche, Schuhen und Kurzwaren, festgestellt. Zugleich ging der Import von Energieanlagen, Hebezeugen und Fördermitteln, von Anlagen für die Milchverarbeitung, Zucker- und Tabakindustrie, von Fleischprodukten, Fisch, Gemüse, Obst und Beeren zurück.

1989 unterhielt die Sowjetunion Handelsbeziehungen mit mehr als 140 Ländern der Welt. Der Warensumme mit den sozialistischen Ländern blieb gegenüber 1988 mit 86,9 Milliarden auf dem bisherigen Stand. Der Außenhandelsumsatz der UdSSR mit den kapitalistischen Industrieländern wuchs gegenüber dem Vorjahr um 19,1 Prozent auf 36,9 Milliarden Rubel. Einen führenden Platz im Handel der UdSSR mit den Industrieländern nahmen die Bundesrepublik Deutschland, Finnland, Italien, die USA, Großbritannien und Frankreich ein.

## Frankfurter Halbleiterwerk orientiert auf Märkte in Osten

In der Halbleiterwerk GmbH Frankfurt (Oder), dem größten Chip-Produzenten der DDR, wird an der Durchsetzung eines Sanierungskonzeptes gearbeitet, um auch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bestehen zu können. Es sieht vor, das Halbleiterwerk als Teil einer Holding in die PTC Elektronik AG Erfurt zu integrieren, den Betrieb zu entschulden und mittelständische Unternehmen zu bilden. Derzeit laufen 33 Anträge auf Vorselektierung, gestellt von Handwerksbrigaden, Versorgungs- und

Dienstleistungseinrichtungen sowie Spezialisten, die ihre Kenntnisse einem größeren Kundenkreis anbieten möchten. Außerdem liegen zahlreiche Anfragen verschiedener Firmen zur Bereitstellung von Lagerflächen vor. Grundlage der Vergabe ist die Schaffung neuer Industriearbeitsplätze.

Das Strategiekonzept für das Halbleiterwerk, das gemeinsam mit der amerikanischen Beraterfirma Arthur D. Little International erstellt wurde, enthält die Bildung einer Vertriebsgesellschaft

mit der Hoesch AG, die auch weiteren Firmen offen steht. Dadurch sollen Halbleiterprodukte wie bipolare und unipolare Schaltkreise sowie Transistoren neue Kunden finden. Eingesetzt in der Industrieelektronik, Telekommunikation oder Computertechnik wuchs ihr Anteil am Export in die Sowjetunion im ersten Halbjahr 1990 von 35 auf 60 Prozent. „Damit ist der östliche Markt für uns größter Abnehmer mikroelektronischer Bauelemente. Er soll erhalten bleiben. Dem dient auch ein Symposium in Moskau im April dieses Jahres,

auf dem direkte Handelsbeziehungen mit sowjetischen Betrieben hergestellt werden konnten“, berichtete Frank Schuffenhauer, Leiter der Strategiekommision im Halbleiterwerk. Mit der Stornierung von Verträgen durch einheimische Betriebe, zum Beispiel Sternradio Berlin, sank der Absatz im Inland. Ein Grund, weshalb die betriebliche Auslastung auf durchschnittlich 70 Prozent reduziert wurde und 2 756 der 7 418 Mitarbeiter im Halbleiterwerk verkürzt arbeiten müssen.

Der betriebseigene Maschinenbau und das Berliner Glühlampenwerk firmieren laut Absichtserklärung bald unter Prolux GMBH. Als enger Partner der Osram GMBH Berlin/München werden dann Maschinen für die Lichtquellen- und Technologie-Ausrüstungen hergestellt. Der Radiowecker aus der ehemaligen Konsumgüterproduktion wird in geringerer Stückzahl (rund 70 000 jährlich) weiter gefertigt. Um den Absatz in die UdSSR zu sichern, steht das Halbleiterwerk im engen Kontakt zu Radiotechnik Rigä.



Griechenland. Die Stadt Piräus ist der größte Außenhandelshafen des Landes. Einer der Plätze der Stadt. Foto: TASS

## Zahl der rückkehrbereiten Indochina-Flüchtlinge steigt

Mitarbeiter des UN-Hochkommissariats für Flüchtlingsfragen in Bangkok registrieren in jüngster Zeit ein Ansteigen der zur freiwilligen Rückkehr in ihre Heimat bereiteten Boat-People. Nach Angaben der thailändischen Presse sei die Zahl der Rückkehrer überwiegend vietnamesischer Herkunft jedoch im Verhältnis zu den etwa 198 000 in südostasiatischen Nachbarländern beherbergten Vietnamesen immer noch sehr gering. Um Gespräche mit einer Expertengruppe der Hanauer Einreisebehörden hätten bisher in Malaysia 40, in Thailand 110 und in Indonesien 150 Flüchtlinge gesucht, von denen angenommen wird, daß sie in den

nächsten Wochen nach Vietnam zurückkehren. Insgesamt halten sich in Flüchtlingslagern der drei Länder 50 000 Vietnamesen auf. UN-Mitarbeiter rechnen mit einem weiteren Ansteigen der freiwilligen Rückkehrer, da täglich neue Bereitschaftserklärungen eingehen. Bisher seien allein aus Hongkong auf der Basis der Freiwilligkeit mehr als 3 400 Boat-People repatriert worden. Eine UN-Konferenz zu den Indochinaflüchtlingen, die in der kommenden Woche in Genf stattfinden sollte, ist bereits zum dritten Mal verschoben worden. Nach Meinung der Singapur „Straits Times“ sei dies auf Wunsch Hanols und Kuala Lumpurs geschehen.

## Mexikos Regierung verkündete Umweltprogramm

Mexikos Regierung hat ein nationales Programm zur Rettung der bedrohten Umwelt beschlossen. Das bis 1994 ausgelegte Maßnahmenpaket sei darauf gerichtet, einen ökologischen und ökonomischen Kollaps zu verhindern, erläuterte Umweltminister Patricio Chirinos gegenüber der Presse. Schwerpunkte bildeten dabei die Schaffung von Naturparks, die Sicherung der erforderlichen Qualitäten von Luft und Wasser sowie die Kontrolle der von der Industrie verursachten Umweltbelastungen. Energie solle künftig rationeller verbraucht und zudem „sauber“ produziert werden, betonte der Minister, ohne detaillierte Angaben zu machen. Er räumte ein, daß die Umsetzung des Programms infolge Finanzmangels kompliziert werden könne. Mexiko gehört zu den Ländern mit den schwersten Umwelt-

schäden. Das gilt insbesondere für Ballungszentren wie Mexiko-Stadt, Monterrey, Guadalajara oder Ciudad Juarez. Die Luft in der Hauptstadt gilt als die schmutzigste aller großen Metropolen der Erde. Eine gewaltige Dunstglocke erschwert den 20 Millionen Menschen im Großraum von Mexiko-Stadt fast ständig das Atmen. 35 000 Industriebetriebe und 2,5 Millionen Autos verpesten hier die in 2 240 Metern Höhe ohnehin dünne Luft. Insbesondere im Winter, wenn die Kaltluft darunterliegende warme Luftmassen nicht abziehen läßt, wird die Smoghülle nahezu undurchdringlich. Zehntausende, vielfach Kinder, bezahlen jährlich das Gift in der Atemluft mit dem Leben. Wirksame Maßnahmen, die Abhilfe schaffen sollten, scheiterten in der Vergangenheit an der Bürokratie und am Widerstand der Industrie. So gab es

bis 1988 kein Umweltschutzgesetz. Erst Ende vergangenen Jahres wurde nicht zuletzt auf Druck der immer aktiver werdenden Umweltschutzgruppen mit einem eintägigen Fahrverbot pro Woche für alle Autos eine spürbare Senkung der Schadstoffbelastung der Luft ermöglicht. Kaum Fortschritt gab es dagegen bisher beim Gewässerschutz. Zwar leiten manche Unternehmen seit einiger Zeit weniger Schadstoffe in die Flüsse, doch gelten immer noch 216 Wasserreservoirs als völlig vergiftet. Ganze Flüsse sind biologisch tot, sie können weder für die Trinkwasserversorgung noch für den Fischfang genutzt werden. Selbst ihre Nutzung für die Bewässerung von Feldern birgt unkalculierbare Risiken. Im Bundesstaat Puebla beispielsweise verfluten von 2 000 Industriebetrieben lediglich 90 über Anlagen zur Abwasserbehandlung. Kaum Hoffnung gibt es auch für Mexikos Wälder. Jährlich gehen vor allem durch Brände 200 000 Hektar verloren. Ein Drittel des Landes wird bereits als Wüste eingestuft. Der tropische Urwald ist fast völlig vernichtet.

## Malaysia schlägt UNO-Umweltagentur vor

Umwelt, Law Hieng Ding. Zum Abschluß des ersten nationalen Seminars in Vorbereitung dieser UNO-Konferenz brachte der Minister den Wunsch Malaysias nach einer effektiveren Agentur zum Ausdruck, die die Interessen jedes Landes in gleichem Maße vertreten sollte. Weitere malaysische Vorschläge betreffen eine weltweite In-

itiative zu Umweltproblemen durch eine konzentrierte internationale Kooperation auf der Grundlage gleicher Verantwortung sowie eine globale Aufgabenstellung, bei der die Prioritäten und Sorgen aller Länder berücksichtigt werden. Bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen, unterstrich der Minister, benötigten die Entwicklungsländer Hilfe.

## Gemeinsam gegen Drogensucht?

Laotische Polizeibeamte verbrannten vor kurzem in Vientiane 337 Kilogramm Rohopium. Das Rauschgift war in einem Versteck unweit der Hauptstadt entdeckt worden. Der Prozeß gegen unbekannt endete mit hohen Haftstrafen. Die Dealer werden sich kaum bei den Behörden melden. Doch Innen- und Justizministerium machten klar, wie ernst man am Mekong künftig den Kampf gegen die Drogen nehmen will. Die Bevölkerung unterstützt dies, gibt Hinweise. Obwohl die Laoten selbst nur wenig Drogen verbrauchen, wächst die mit dem tobringenden Geschäft einhergehende Kriminalität. Bereits vor zwei Jahren war eine Bande von 40 Laoten, Thais, Burmesen und Chinesen verhaftet worden, die nicht nur Heroin sondern auch Waffen geschmuggelt hatten.

Beifall und Hilfe erhalten die laotischen Rauschgift-Fahnder auch von ganz anderer Seite: Seit 1989 arbeitet Vientiane mit der Drug Enforcement Authority (DEA) des amerikanischen Justizministeriums zusammen. Die Laoten wollen eine Normalisierung ihres Verhältnisses mit den USA, das seit der Volksrevolution vor 15 Jahren noch immer unterkühlt ist. Nicht nur für die Suche nach den Gebeinen der im Indochinakrieg vermissten USA-Militärpiloten, sondern auch für den Kampf der Bush-Administration gegen den weißen Drogen gibt es hier spürbares Verständnis.

Das erste Regierungsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Volksdemokratischen Republik überhaupt war im September 1989 in Vientiane signiert worden. Es gilt einem mit US-Dollar finanzierten Projekt in der nordlaotischen Provinz Houaphan, um die dort siedelnden Meo und anderen Bergvölker vom traditionellen Anbau des Schlafmittels abzubringen, dessen Samenkapeln den Ausgangsstoff für Opium und Heroin enthalten. Das laotisch-amerikanische Gemeinschaftsprojekt soll diesen Menschen Alternativen für den Anbau anderer Kulturpflanzen anbieten. Das erfordert auch den Bau von Straßen, um die abgelegenen Gebiete mit größeren Ortschaften und so mit den Märkten für Agrarprodukte zu verbinden.

Nur eine halbe Million Dollar bewilligte Washington für die ersten Aktivitäten seiner Drogenbekämpfer in Laos, insgesamt sollen zwei Millionen locker gemacht werden. Zum Programm gehörte auch ein Seminar, daß die erfahrenen DEA-Leute aus Bangkok/Thailand im Juni in Vientiane für Mitarbeiter des laotischen Zolls, der Polizei und der Justiz veranstalteten. Wie der Bangkok DEA-Chef Gene Cooper gegenüber ADN bestätigte, wird im Oktober ein hoher Beamter der amerikanischen Zollbehörde nach Vientiane kommen, um Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Rauschgiftschmuggel zu vermitteln. „Laos zählt zu den bedeutendsten Erzeugergebieten von Opium und Heroin in Südostasien. Es ist gut, daß die Laoten uns entgegenkommen und zusammenarbeiten“, meint Cooper. Nach seinen Angaben werden in Laos jährlich etwa 30 Tonnen Rohopium produziert, von denen der Hauptteil illegal in die USA gebracht und dort zu Heroin weiterverarbeitet wird. Damit hat Laos das benachbarte Thailand um ein mehrfaches übertrudelt, das heute vor allem eine Drehscheibe des internationalen Drogenhandels ist.

Wie ausländische Diplomaten in Vientiane meinen, verspricht sich Laos von der Zusammenarbeit mit der DEA vor allem eine größere Kreditbereitschaft der USA: Washington macht seit längerem den Umfang seines wirtschaftlichen Engagements von Kooperationsgeleist der Laotischen Regierung beim Kampf gegen die Drogen abhängig.

## In wenigen Zeilen

**MANILA.** Der Taifun, der in der vergangenen Woche über die philippinische Hauptinsel Luzon gerast ist, hat nach Angaben des Roten Kreuzes mindestens 30 Menschen das Leben gekostet. 80 000 Menschen mußten evakuiert werden.

**MONACO.** Rund Hundert Meter der Berliner Mauer, in 81 Stücke aufgeteilt, sind am Sonntagabend in Monaco von einer Kunstgalerie versteigert worden. Durchschnittlich brachte ein Abschnitt umgerechnet 30 000 DM ein, zwei Teile wurden sogar für je 56 000 DM versteigert. Der Erlös ist für das Gesundheitswesen der DDR bestimmt.

**TOKIO.** Ein Großbrand in einer Fischverarbeitungsfabrik im zentraljapanischen Numazu forderte 31 Verletzte. Durch das Feuer kam es zu zwei Explosionen, bei denen drei Feuerwehrmänner und ein Journalist schwere Verbrennungen erlitten. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um Brandstiftung.

## Japaner nun Touristen-Weltmeister

Nachtmahl wird im Flugzeug serviert, Frühstück in Brüssel, Mittag in Amsterdam, Dinner in London — Europa in fünf Tagen. Witzige Reisespezialisten nennen das „Kamikaze-Tourismus“, in Anspielung auf die wagenhalsigen Selbstmordflieger Nippons im zweiten Weltkrieg. Am Kolosseum in Rom, im Pariser Louvre oder auf New Yorks Fifth Avenue — überall trifft man die Grüppchen der Asiaten, die emsig fotografieren und gern Geld ausgeben. Das Volk der 120 Millionen fleißigen Inselbewohner zieht es in seinen weiten Welt. Das jüngste Statistik der japanischen Regierung, die per Abschluß des Finanzjahres 1989/90 eine Reiselust ihrer Bürger wie nie zuvor registrierte.

9,66 Millionen Japaner führen innerhalb von zwölf Monaten ins Ausland, das sind 1,25 Millionen oder 15 Prozent mehr als 1988/89. Zum dritten Mal hintereinander verbuchten Nippons Tourismus Unternehmen einen Zuwachs von einer Million Menschen mit Fernweh. Im laufenden Finanzjahr — das sind sich die Experten einig — wird die Zehn-Millionen-Grenze überschritten.

Schon nach diesen absoluten Zahlen sind die Japaner Weltmeister im Reisen. Auch die beeindruckende Geldsumme, die sie dabei im Ausland lassen, qualifiziert sie für den Titel. Im Schnitt sind es 2 328 Dollar pro Tourist, mehr als das Doppelte als ein Japan-Besucher in diesem sicher teuersten Land der Erde läßt. Nach amtlicher Statistik gaben die reiselustigen Japaner 1989/90 die gigantische Summe von 22,49 Milliarden Dollar aus, ein Viertel mehr als im Vorjahr und faßt das Sechsfache der japanischen Tourismuseinnahmen. Exakt 19,35 Milliarden Dollar muß die Nation als Ausgleich für ihre Weltbummler als Tourismus-Defizit abbuchen, deutlich mehr als die Bundesrepublik Deutschland, die bisher als die Globetrotter-Nation galt. Als Realisten ahnen die Japaner aber bereits, daß sie ihren Titel als Tourismus-Weltmeisters bald wieder an die Deutschen abtreten müssen. Die Asahi Shimbun mutmaßt bereits, dies könne schnell geschehen, wenn die DDR-Bürger erst über die nötigen „Fonds“ verfügen.

Die Auswahl „Panorama“ wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

**Freundschaft**

**Aus unserer Post**

**Was soll man jetzt tun?**

Ich lese jede Nummer der „Freundschaft“ und wundere mich immer wieder über die Situation an der Wolga wie sie dort geschildert wird. Ich hätte das nie geglaubt, stünde das nicht in der Zeitung. Ist so etwas menschlich möglich?

Man sagt, dort behauptet jemand, die Deutschen essen russisches Brot. Wie ist das zu verstehen? Arbeiten die Deutschen etwa schlecht? Da hetzt einfach jemand die Leute gegen uns auf. Anders kann es nicht sein. Wie ist dann die Aussage des Sowchosdirektors Ignatow zu verstehen, der da gesagt hat: „Wenn eine deutsche Autonomie gegründet wird, gehe ich in den Wald und bilde eine Partisanengruppe“. Sowie hat man die Menschen gebracht! Oder die Aussage des Parteisekretärs Strych im Sowchos „Snamja pobedy“: „Wir wollen keine Autonomie, und den Deutschen, die sie wollen, reißen wir die Zunge raus“. Du lieber Gott! Was ist denn mit den Leuten passiert? Was haben wir ihnen Schlechtes getan? Wir wußten in unserer ganzen Geschichte nichts weiter, als nur ehrlich und tüchtig zu arbeiten.

Jetzt komme ich zu meiner Hauptfrage: Was sollen wir jetzt Deutsche anfangen? Alles so einfach hinnehmen? Im eigenen Vaterland bekommen wir keine Rechte. Die letzten Hoffnungen auf Gerechtigkeit, auf warme Worte für all unsere Leiden, schwinden. Wie war ich froh, als die Perestroika begann! Ich wollte als erste mit meiner Familie in die teure Heimat an der Wolga ziehen. Jetzt sehe ich ein, daß meine Träume naiv waren. Aber in der Bundesrepublik Deutschland sind wir ja auch nicht besonders willkommen. Sie haben jetzt eigene Probleme mit der Wiedervereinigung. Da frage ich nun nochmal: Was sollen wir jetzt tun? Ich bin in Verzweiflung. Schreibe diese Zeilen, und das Herz weint und will zerreißen. Warum müssen wir so leiden? Eins beruhigt mich — meine Eltern haben diese Schande wenigstens nicht erlebt. Sie träumten immer von der Rückkehr in ihre liebe Heimat.

Liebe Leser! Verzeiht mir das alles, was ich da zusammengeschrieben habe, ich konnte nicht anders, mir ist so schwer ums Herz.

Emilia BOHM

Zelinograd

**Mein Lebensweg in kurzen Worten**

Ich bin bald 70 Jahre alt, aber meinen Lebensweg kann man auf paar Papierbogen beschreiben. Außer Leid und Kummer habe ich im Leben sehr wenig gesehen. Ich wurde 1923 in Neu-Urbach an der Wolga geboren. Als ich drei Jahre alt war, starben meine Eltern, meine drei Geschwister und ich wurden durch unsere Großeltern erzogen. So bissen wir uns gemeinsam durchs Leben bis ein neuer Schicksalskrieg uns traf — der verhaßte Schlag. Wir wurden ausgesiedelt. Später kam ich in die Arbeitsarmee, das war ein richtiges Konzentrationslager. Ich war erst 18 Jahre alt, und es gab auch jüngere und schwächere Mädchen. Wir füllten tags bei beliebigem Wetter Bäume, nachts sollten wir in Wagen laden. Dafür bekamen wir morgens und abends je 300 Gramm nasses Brot und einmal am Tag Suppe aus Brennnesseln. Wenn wir unser Soll überfüllten (und wir strebten danach, denn wir verstanden, wie wichtig unsere Arbeit für die Front war; leider gelang es uns nicht oft), so bekamen wir als Auszeichnung 100 Gramm Brei! Wie erniedrigend war das! So arbeitete ich bis 1944, bis ich eines Tages, völlig erschöpft, von einem Holzstapel verschüttet und sehr verletzt wurde. So kam ich von der Arbeitsfront in den Altai in meinen Aussiedlungsort zurück. Hier befand ich mich bis 1956 unter strenger Kommandanturaufsicht. Alles nahmen wir hin, denn wir waren so erzogen — gehorsam und arbeitsfroh. Unter solchen entwürdigenden Verhältnissen habe ich noch vierzig Jahre im Altai gewissenhaft gearbeitet, habe auch einige Medaillen für gute Leistungen und bin Arbeitsveteranin. Mein Mann ist früh aus diesem leidvollen Leben gegangen. Ich habe allein sechs Kinder zu erziehen, fleißigen Menschen erzogen. Aber kein einziges Mal wurde ich vom Staat materiell unterstützt. Im Gegenteil, man hat mich gezwungen, fünf Jahre später in Rente zu gehen, weil die Behörden in meinen Papieren das Geburtsjahr gefälscht und statt 1923 1928 geschrieben hatten. Alle meine Anstrengungen, dies zu berichtigen, bleiben ergebnislos.

Nein, ich bitte um nichts, ich habe eigentlich alles, was ein Mensch an seinem Lebensabend braucht, nur die Erinnerungen quähen mich immer wieder und die Tränen trüben meine Augen, wenn ich darüber schreiben oder erzählen muß.

Mimna IBS

Ekkbastus



**Unsere Bildergalerie**

**Für und Wider**

Zur Ausstellung der Vereinigung der Hobbykünstler des Gebiets Alma-Ata „Samozwet“

„Warum erziehen Sie den Menschen schlechten Geschmack an?“ fragte ein Berufskünstler die Organisatoren einer Ausstellung von Hobbykünstlern — schon nicht zum ersten Mal — und es entfachte sich eine Diskussion, die es wohl schon so lange gibt, wie es auch Hobby- und Berufskünstler bestehen. Natürlich ist es für jeden augenscheinlich, daß es unter den Exponaten solcher Ausstellungen neben technisch gut gemachten oder erfrischend naiven Bildern, Plastiken und Kunstgewerben auch Vieles gibt, wofür wohl die Bezeichnung Kitsch am passendsten wäre. Aber ist das allein Grund dafür, die Hobbykunst ganz aus den Ausstellungssälen zu verbannen? Ist es nicht auch ein Anliegen der „großen Kunst“, dem Menschen hohe ästhetische Werte zu vermitteln? Ist nicht alle Kulturpolitik letztendlich auch darauf gerichtet, an die selbständige Beschäftigung mit Kultur und Kunst heranzuführen? Gab es denn nicht zu allen Zeiten eine breite Massenkunst und die selbstverständliche um ein Vielfaches anspruchsvollere „große Kunst“, die ihren eigenen professionellen Gesetzen unterliegt. Wer einmal über den „Kitsch“ sein Urteil gefällt hat, wird wohl kaum vom Gegenteil zu überzeugen sein (übrigens wird das meines Erachtens nicht die Meinung eines wahren Künstlers sein, der sowohl in künstlerischer, als auch in menschlicher Hinsicht ein ausgewogeneres Herangehen an diese Erscheinung finden wird). Aber derjenige, der sich in die Lage der sogenannten Hobbykünstler versetzt, die ihr Leben

mit ihrer Kunst bereichern, wird diesem vernichtendem Urteil niemals zustimmen. Im Gegenteil; eigentlich könnte man diese Menschen, die die Kraft haben, sich in ihrer Freizeit mit Kunst zu befassen, doch eher beneiden. Dieser Streit entbrannte die. Mal im Kulturkomitee der Kasachischen SSR, wo gegenwärtig eine der turnusmäßigigen Ausstellungen der Vereinigung der Hobbykünstler „Samozwet“ des Gebiets Alma-Ata zu sehen ist. Um solchen Diskussionen wie der obigen vorzubeugen, ist es natürlich vor allem notwendig, die Exponate für diese Ausstellungen von Fachleuten sehr sorgfältig ausgewählt werden. Das ist bei der genannten Ausstellung im Vergleich zu den vorherigen auch wesentlich besser getan worden. Valentina Maryschewa, Leiterin der Abteilung Bildende Kunst des Kulturzentrums der Gewerkschaftsorganisation des Gebiets Alma-Ata, ist hierfür die Hauptverantwortliche. Da sie seit 20 Jahren auf diesem Gebiet arbeitet, besitzt sie unschätzbare Erfahrungen. Zu der Kommission, die die Werke der Hobbykünstler auswählt, gehören aber auch Kunsthistoriker und Berufskünstler, denn oft ist es recht schwierig, von den zahlreichen eingereichten Arbeiten eines Künstlers, zwei bis drei Sachen auszuwählen. Die Ausstellung ist in jeder Hinsicht vielseitig, sowohl was die Kunstgattungen, die Kunstrichtungen, als auch das Alter der ausstellenden Hobbymaler betrifft.

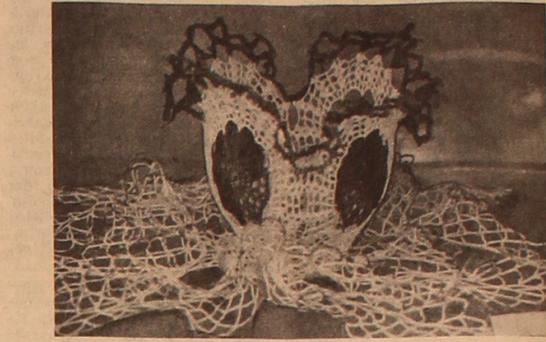
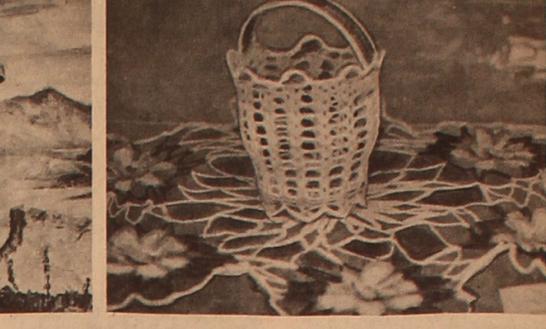
Angefangen von Ölbildern, Aquarellen, Pastellen, Holzplastiken bis hin zu textilen Handarbeiten, Keramikgefäßen, Applikationen läßt sich die Aufzählung der Exponate fast beliebig fortsetzen. Unter den Ölbildern sind die herkömmlichen Landschaften des bekannten Alma-Ataer Hobbymalers und Rentners Nikolai Ranskol, aber auch die mit Feingefühl und Phantasie gemalten Landschaften des Arztes Abraham Spitz („Abend in der Stadt“, „Wüstentitze“) zu finden. Neben den mit fast professioneller Freiheit auf Papier gebrachten Aquarellen des Vorsitzenden der Vereinigung Juri Schneidermann, stehen unter anderem die in ihrer Farbgebung wunderbaren, berückend naiven Bilder der Kinderärztin Galina Baranova ins Auge. Diese Aufzählung könnte man beliebig fortsetzen. Hier sollen aber nur einige Besonderheiten Erwähnung finden. Dazu gehören auch die Bilder von Valentina Rappoport, der Mutter eines bekannten Alma-Ataer Künstlers. Erst im Alter hat diese Frau begonnen, sich künstlerisch zu betätigen. Ihre Porträts und Landschaften („Phantastische Landschaft“, „Im Café“, „Freundinnen“) die sich durch bewundernswerte Leichtigkeit, Farbharmonie und vor allem Originalität von vielen anderen Exponaten unterscheiden, sind wohl das beste Demotiv wider die oben angeführte Stimme gegen die Ausstellung von Freizeitkunst. Für uns als Vertreter einer nationalen Zeitung war vor allem der Fakt erfreulich, daß der mult-

tinationale Bestand der Bevölkerung der Republik auch auf der Ausstellung sichtbar wurde. So fanden wir die uns bereits vertrauten Bilder von Heinrich Brockzitter auf der Ausstellung wieder. „Der Erlaß vom 28. 08. 41“, „Arbeitsarmee-Stilleben“, „Dreigespann der Rehabilitation“, „Der Erlaß vom 26. November 1948“ — so die Titel der hier gezeigten thematischen Bilder (Reproduktion und Beschreibung des erstgenannten siehe „Freundschaft“ Nr. 198 vom 14. Oktober 1989). Diese Arbeiten bereichern die Ausstellung vor allem in thematischer Hinsicht, denn die hier symbolisch, in bildhafter Form dargestellten Episoden aus der Geschichte der Sowjetdeutschen sind bis heute noch vielen Menschen nicht bekannt.

Auch der uns bekannte rührend fleißige Hobbykünstler Wilhelm Lohfink hat für die Ausstellung wieder einige Werke bereitgestellt. „Schwestern“, „Bildnis des Enkels“ heißen Ölbilder. Die Holzskulpturen „Sportler“ und „Bildnis I. M. Poddubny“ fanden ebenfalls ihren würdigen Platz in der Ausstellung.

Die farbenfrohe, vielseitige Abteilung für angewandte Kunst zu beschreiben, ginge über den Rahmen des Artikels hinaus. Noch ganz junge Keramikerinnen und Porzellanmalerinnen haben ebenso wie erfahrene Textilmalerinnen ihre Werke für die Ausstellung zur Verfügung gestellt. In einer Vitrine stießen wir auf Häckelarbeiten von M. I. Schmidt, einer Arbeiterin aus dem Staatlichen Zuchtbetrieb „Aksal“, Rayon Kaskelen, Gebiet Alma-Ata.

Vasen, blumenverzierte Deckchen und andere aus Nähgarn gehäkelte und gestärkte Dinge fertigte die fleißige Arbeiterin in ihrer Freizeit an. Solche Dinge schmücken die Häuser, vieler fleißiger sowjetdeutscher und anderer Bauerfrauen, die dafür viel Zeit und Mühe hergeben; sie spiegeln das Schönheitsempfin-



den vieler einfacher Menschen wieder. Und wer solche Dinge unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, wird sie, selbst wenn sie nicht seinen Geschmack treffen, richtig einordnen und ihnen das Recht einräumen, in einer Ausstellungsvitrine zu stehen. Birgit UTZ, Korrespondent der „Freundschaft“ Unsere Bilder: W. Lohfink, Der Sportler. I. M. Poddubny, Holz; W. Lohfink, Schwestern. OI auf Leinwand; H. Brockzitter, Der Erlaß vom 26. November 1948. OI auf Leinwand; M. Schmidt, Gehäkeltes Körbchen und Deckchen mit Blumen; M. Schmidt, Gehäkelte Vase und Deckchen; Blick in den Ausstellungssaal. Fotos: Juri Weidmann

**Interessanter Gesprächspartner**

**Mit offenen Herzen**

Dieser Tage gastierte in Kasachstan eine Jugendlatenkunstgruppe aus der Bundesrepublik Deutschland. Der Journalist Eugen WARKENTIN sprach mit dem Mitglied dieser Gruppe Wolfgang BARASCH.

Könnten Sie bitte etwas über sich selbst berichten?

Ich wurde in Berlin geboren, meine Familie zog dann nach Stuttgart. In Lübeck ging ich zur Schule, und in Hannover studierte ich an der Uni Elektrotechnik. Jetzt arbeite ich in Hamburg nach meinem Beruf. Aber ich bleibe Hannoveraner und besuche dort einen Tanzklub, mit dem ich diese Reise auch mache.

Wie kam man denn in dem Tanzklub auf die Idee, nach Kasachstan zu fahren?

„Unser Tanzklub betätigt sich im Rahmen des Landessportbundes Niedersachsen. Gerade die Sportjugend hatte diese Idee aufgebracht. Im Klub wurde es bekannt, und wir begeisterten uns dafür. Es meldeten sich 22 Mitglieder. Also jeder, der da woll-

te, konnte mitfahren. Und warum Alma-Ata? Es ist eine weitbekannte Stadt im westlichen Süden der UdSSR. Mir war sie durch die Weltrekorde im Eislauf bekannt. Von Karaganda habe ich in der Schule gehört, unter anderem, anlässlich der Industrialisierung Ihres Landes in den 30er Jahren.

Sie haben es sehr knapp mit der Zeit...

Es ist ja keine Urlaubsreise. Es ist eine Reise zu einem besseren Bekannterwerden mit dem Leben der in Kasachstan lebenden Völker. In Alma-Ata besichtigten wir die Stadt und die Umgebung, hatten sehr offene Aussprachen mit den Jugendlichen an der musikalischen und der Sportfakultät der Uni; dann führten wir auch unsere Tänze vor. Schon nachts ging es dann wei-

ter nach Karaganda und dann für einen Tag nach Zelinograd. Sehr gespannt, aber mir macht es viel Spaß: Bußfahren — essen, Bußfahren — essen.

Bei unseren Diskussionen in Zelinograd stellte es sich heraus, daß das Thema „Sowjetdeutsche“ Ihnen fast unbekannt war.

Was kann ich dazu sagen? In unseren Schulen hat man diese Themen sehr knapp behandelt. Meines Erachtens möchte man bei uns etwas gern toschweigen, weil es mit der faschistischen Vergangenheit verbunden ist. Aber jetzt hat sich die Welt stark geändert, und wir entdecken für uns viel Neues — in diesem Fall das Schicksal der Deutschen aus der Sowjetunion. Bin überzeugt, daß viele von uns auf das ganze Problem jetzt mit anderen Augen schauen werden.

Vielleicht werden Sie nun auf die SU überhaupt mit anderen Augen schauen?

Eins kann ich genau sagen: Die Mitglieder unserer Gruppe sind überrascht und erstaunt über die Gastfreundschaft und Herzgenügte, die uns entgegengebracht werden. Das bleibt für immer in unserer Erinnerung.

**Programmorschau des Deutschen Radios Alma-Ata**

Liebe Zuhörer! Im heutigen Programm, am Dienstag, gibt es für Sie zwei Interviews von unseren Korrespondenten. Im ersten Interview mit Bachyt Schalmernowa, Dolmetscherin aus der Produktionsvereinigung „Ekkbastus“ im Gebiet Pawlodar erfahren Sie mehr über Zusammenarbeit zwischen Ekkbastus und der deutschen Firma „Takraf“ aus dem Bezirk Cottbus.

Danach sprechen wir mit Johannes Schmidt, Leiter der zweiten Abteilung des Sowchos „Lesnyje Poljany“ im Gebiet Nordkasachstan. Doch nicht Produktionsangelegenheiten stehen da im Mittelpunkt, sondern einige historische Episoden aus dem Leben der deutschen Umsiedler, die sich Anfang dieses Jahrhunderts im heutigen Nordkasachstan Raum niederließen. Also, wie es den deutschen Kolonisten hier erging und wie es ihnen heutzutage geht. Diese Fragen sind dabei im Gespräch.

Und abschließend bieten wir Ihnen noch einen kurzen Einblick in die Ausgaben der Zeitung „Freundschaft“ in dieser Woche. Am Mittwoch begrüßen wir Sie abends, wie üblich um 21

Uhr 30 Alma-Ataer Zeit. Diese Sendung übernimmt diesmal die Journalistin Birgit Utz. Sie unterhält sich mit der Künstlerin Ingrid Oostendorp aus den Niederlanden, die zur Zeit hier bei uns in Alma-Ata zu Gast ist. Die Hörer bekommen die Möglichkeit, sich mit verschiedenen Seiten des modernen Lebens in Niederlanden bekanntzumachen. Viel Aufmerksamkeitswert dabei den Problemen der Jugendlichen geschenkt. Also, am Mittwoch ein interessantes Treffen mit Ingrid Oostendorp, die uns über ihre Heimat erzählen wird.

Ebenfalls eine Bekanntschaft mit einem interessanten Menschen und Gesprächspartner erwartet Sie, wer Zuhörer, am Donnerstag, das Schicksal von Kalerija Alexandrowna Schumakowa, einer Russin, ist eng mit Deutschland verbunden. 1922 kam sie mit der Mutter nach Berlin, besuchte dort das Goethe-Lizeum. Danach arbeitete sie in Moskau, als Übersetzerin mit den deutschen Emigranten und wurde später wie viele andere auch repressiert. So verschlug sie das Schicksal nach Kasachstan, wo sie bis heute lebt. Während der Unter-

haltung mit Kalerija Schumakowa erfährt man nicht nur viele interessante Episoden aus der Geschichte, in jedem ihrer Worte ist auch ihre erstklassige Bildung und hohe menschliche Kultur zu spüren.

Das Freitagprogramm ist zum Teil mit den Auswanderungsproblematik der Sowjetdeutschen verbunden. Dieses Thema wird im Bericht von Sophie Wagner, einer Deutschlehrerin aus dem Dorf Rosowka, bei Pawlodar, angesprochen.

„Erste in unserer Stadt“, so betitelt seine Reportage aus Karaganda der Reporter Johann Frei. Er traf sich nämlich mit einer Touristengruppe aus der BRD, die aus Mitgliedern der lutherischen Kirche bestand. Ich denke, daß das aufschlußreiche Gespräch mit dem Leiter der Gruppe Pastor Volker Selter unsere Vorstellungen von Deutschland sowie der Kirche bereichern wird.

Und am Samstag sind die Hörer zum traditionellen Wunschkonzert wieder einmal recht herzlich eingeladen.

Ich wünsche Ihnen guten Empfang. Harry WEDEL

**Kulturgeschichtliche Betrachtungen**

Annelore ENGEL-BRAUNSCHMIDT

**„Der Sturmschritt“: Zwischen kultureller Autonomie und dem Würgegriff Stalins**

Aber Schellenberg war stärker und rückte in einer „Anmerkung der Redaktion“ eine letzte Kritik an Fichtner ein, mit der er ihn schließlich zum Schweigen brachte.<sup>49</sup> Aus Kontschaks heutiger Sicht verließ die damalige Entwicklung durchaus positiv; er schreibt: „Der zeltgemäße Beschluß des ZK der Partei über die Schaffung eines einheitlichen Schriftstellerverbandes machte den Streiterei ein Ende. So kam es, daß der Name Gustav Fichtner ab 1933 von der literarischen Oberfläche verschwand.“<sup>50</sup>

Es ist wohl richtig, daß der Name Gustav Fichtner verschwand. Im Unterschied zu Georg Luft und Hermann Bachmann verschwand im Fall Fichtners jedoch nicht auch die Person. Fichtner ging lediglich in Deckung und schrieb fürderhin unter dem Pseudonym Max Stürmer im „Sturmschritt“. Er war auch noch — dann allerdings wieder als Fichtner — Delegierter der ukrainischen Gruppe sowjetdeutscher Schriftsteller beim I. Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller in Moskau 1934.

Der Aufstieg des Kontrahenten Schellenberg zum verantwortlichen Redakteur des „Sturmschritts“, als der er ab August 1932 fungierte, war keineswegs unproblematisch verlaufen. Wie Luft und Fichtner hatte auch er sich zur Intelligenzia hinaufgearbeitet. In den bescheidensten Verhältnissen (als eines von vierzehn Kindern eines Dorfschullehrers) aufgewachsen,<sup>51</sup> gelang ihm immerhin der Eintritt ins Deutsche Pädagogische Institut in Moskau und in Leningrad die Aufnahme in die deutsche Abteilung der LAPP (Leningrader Assoziation proletarischer Schriftsteller). In Moskau und Leningrad hörte er Majakowski und Jessenin, Besymenski und Libedinski und war überzeugt, daß er seine Erfahrungen mit der russischen Literatur nutzbringend in die sowjetdeutsche einbringen könne. Öffentlichlich konnte er es wirklich, denn er erschien im Mai 1930 auf der Gründungskon-

ferenz der deutschen „Pflug“-Sektion in Charkow mit dem noch druckfrischen ersten Band seiner Romantrilogie „Lechzendes Land“. Der Altmeister Georg Luft soll das Buch noch in der Nacht vor der Konferenz durchgelesen und am nächsten Morgen geäußert haben: „Von Einzelheiten abgesehen, bin ich im allgemeinen zufrieden. Jetzt kann ich getrost abtreten. Unsere Literatur kommt in gute Hände.“<sup>52</sup>

Daß Schellenberg mit — gemessen an der heutzutage publizierten sowjetdeutschen Literatur — geradezu expressionistischem Schwung schrieb, interessierte die Gesinnungshüter wiederum nicht. Reinhold Mickwitz, der Literaturprofessor aus Odesa, nahm nicht etwa an einer mißglückten Metapher Anstoß, wie z. B. „Porschs Augenbrauen schnitten auf die Stirn“<sup>53</sup> sondern an ideologischen Mängeln, insbesondere an der unzulänglichen Darstellung des Kollektivierungsprozesses, der nicht, wie es hätte sein sollen, als Massenbewegung ausgeführt, sondern fälschlicherweise auf Einzelpersonen übertragen worden war.<sup>54</sup> Trotz dieser Kritik am „Lechzendes Land“ unterbreitete Schellenberg die Fortsetzung seines Romans unter dem Titel „Puntmenniste“ — was soviel bedeutet wie „mennonitische Pfefferkörner“ — dem „Kritisch-methodologischen Sektor“ der deutschen „Pflug“-Sektion, und dieser (bestehend aus Luft, Fondis, Fischer, Knorre und Fichtner) bestand auf dem Verdikt: „Muß gründlich umgearbeitet werden.“<sup>55</sup> Immerhin versuchte noch Fichtner — nun schon als Max Stürmer — die Kontroverse in den eigenen Reihen zu führen und Hugo Huppert, der von der MAPP in Moskau einzuflechten versuchte, drauzuhalten;<sup>56</sup> Schellenberg aber, von Huppert offensichtlich protegert, zog nicht mit. Auf die Aufforderung der „Pflug“-Sektion, zum Bescheid des „Kritisch-methodologischen Sektors“ Stellung zu nehmen, reagierte er mit Schweigen, offenbar, weil er seine Stunde ohnehin für gekommen hielt. Ab August 1932 hatte er den „Sturmschritt“ fest in der Hand und nutzte ihn für die Pu-

blikation seiner „Puntmenniste“<sup>57</sup> ohne auch nur anzudeuten, daß der Roman umstritten gewesen und Teil I der Trilogie als „Lechzendes Land“ in Auszügen schon in früheren Nummern der Zeitschrift erschienen war.

Nachdem „Der Sturmschritt“ 1935 eingegangen war, zog Schellenberg nach Moskau zurück. Seitdem klappt in seinem Lebenslauf eine der notorischen Lücken. „Erst nach dem Krieg“, erinnert sich Kontschak, „erfuhr ich, daß ihn das Schicksal nach Magadan verschlagen hatte“. Und mit dem Mut der Verzweiflung, der diejenigen, die ihn nicht nötig haben, wie kalter Zynismus anmutet, macht Kontschak daraus eine Art Sanatoriumsaufenthalts: „Doch das geschah ihm zum Guten. Die dichten Nadelwälder, wo er hinkam, waren so hellwirkend für ihn, daß er nach einigen Jahren seine Lungenerkrankung überwunden hatte.“<sup>58</sup>

**ANMERKUNGEN:**

- <sup>49</sup> „Sturmschritt“, 6—7 (1932), 34f.
- <sup>50</sup> Kontschak, Begegnungen (wie Anm. 3), S. 62
- <sup>51</sup> Ibid., S. 34—46; hier S. 36.
- <sup>52</sup> Ibid., S. 19
- <sup>53</sup> D. Schellenberg, „Puntmenniste“ (siehe in „Sturmschritt“, 10 (1932), 24.
- <sup>54</sup> „Sturmschritt“, 3 (1931), 17—22.
- <sup>55</sup> „Sturmschritt“, 11 (1931), 21f.
- <sup>56</sup> Max Stürmer „In „Puntmenniste“ (siehe in „Sturmschritt“, 10 (1932), 24—39; 11 (1932), 33—50; 1 (1933), 1—17 (=Ende des zweiten Teils der Trilogie).
- <sup>57</sup> Kontschak, „Begegnungen“ (wie Anm. 3), S. 45.

(Fortsetzung folgt)  
Stellvertretender Chefredakteur Jakob GERNER

**Unsere Anschrift:**

Kasachische SSR, 480044, Alma-Ata ul. M. Gorkogo, 50 4-Aй этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefle — 33-48-29, 33-39-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Silfredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentebüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanal — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petrowlawowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-84-49.

**«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414**

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Объем 2 печатных листа УГ 01178 Заказ 11978.